

LEASING



HYPO VORARLBERG LEASING AG

unterliegt der Leitung und Koordinierung durch die
Hypo Vorarlberg Bank Aktiengesellschaft
mit Sitz in Österreich, Bregenz, Hypo Passage Nr. 1,
Gesellschaft österreichischen Rechts

Rechtssitz: Galileo-Galilei-Straße Nr. 10/H - 39100 Bozen (BZ)

Gesellschaftskapital 96.500.000,00 Euro zur Gänze gezeichnet und einbezahlt

Steuernummer und Eintragsnummer im
Handelsregister von Bozen 00731230215

Von der Banca d'Italia zugeteilte Datenverarbeitungs-Kennziffer 19411

Pillar-III-Offenlegungsbericht zum 31.12.2019

(genehmigt durch den Verwaltungsrat am 18. Juni 2020)

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	3
1 „RISIKOMANAGEMENTZIELE UND -POLITIK“ (ARTIKEL 435 CRR)	5
1.1 ZIELE UND POLITIK IM ZUSAMMENHANG MIT DER STEUERUNG UND DER ÜBERWACHUNG DER RISIKEN	5
1.1.1 KREDITRISIKO	6
1.1.2 OPERATIONELLES RISIKO	8
1.1.3 KONZENTRATIONSRIKIKO	9
1.1.4 ZINSÄNDERUNGSRIKIKO	10
1.1.5 LIQUIDITÄTSRIKIKO	10
1.1.6 RESIDUALRIKIKO	11
1.1.7 STRATEGISCHES RISIKO	12
1.1.8 REPUTATIONSRIKIKO	12
1.1.9 COMPLIANCE-RIKIKO	13
1.1.10 IMMOBILIENRIKIKO	14
1.2 UNTERNEHMENSFÜHRUNGSREGELUNGEN	15
2 „EIGENMITTEL“ (ARTIKEL 437 CRR)	18
2.1 BILANZABSTIMMUNG	20
2.2 HAUPTMERKMALE DER KAPITALINSTRUMENTE	21
2.3 INFORMATIONEN ZU DEN EIGENMITTELN	22
3 „EIGENMITTELANFORDERUNGEN“ (ARTIKEL 438 CRR)	27
3.1 DAS VERFAHREN ZUR BEURTEILUNG DER ANGEMESSENHEIT DES INTERNEN KAPITALS	27
3.2 EIGENMITTELANFORDERUNGEN UND ÜBERWACHUNGSKOEFFIZIENTEN	30
4 „KREDITRISIKOANPASSUNGEN“ (ARTIKEL 442 CRR)	31
4.1 BESTIMMUNG DER BEGRIFFE „ÜBERFÄLLIG“ UND „LEISTUNGSGESTÖRT“ FÜR RECHNUNGSLEGUNGSZWECKE	31
4.2 FÜR DIE ERMITTLUNG DER SPEZIFISCHEN UND ALLGEMEINEN KREDITRISIKOANPASSUNGEN ANGEWANDTER ANSATZ	33
4.3 GESAMTBETRAG DER RISIKOPOSITIONEN NACH RECHNUNGSLEGUNGS-AUFRECHNUNGEN UND OHNE BERÜCKSICHTIGUNG DER WIRKUNG DER KREDITRISIKOMINDERUNG	39
4.4 GEOGRAFISCHE VERTEILUNG DER FORDERUNGEN	40
4.5 VERTEILUNG DER RISIKOPOSITIONEN AUF WIRTSCHAFTSZWEIGE ODER ARTEN VON GEGENPARTEIEN	42
4.6 GESAMTHEIT DER RISIKOPOSITIONEN	44
4.7 LEISTUNGSGESTÖRTE FORDERUNGEN	45
5 „INANSPRUCHNAHME VON ECAI“ (ARTIKEL 444 CRR)	47

5.1	ECAI UND BENANNT E EXPORTVERSICHERUNGSAGENTUREN	47
5.2	AUSDEHNUNG DER AUF EMITTENTEN ODER EMISSIONEN BEZOGENEN BONITÄTBEWERTUNGEN AUF NICHT IM HANDELSBUCH GEFÜHRTE VERMÖGENSWERTE ..	47
5.3	RISIKOPOSITIONEN NACH BONITÄTSTUFEN UND NACH AUFSICHTSRECHTLICHEN FORDERUNGSKLASSEN	47
6	„ZINSÄNDERUNGSRIKIO AUS NICHT IM HANDELSBUCH ENTHALTENEN POSITIONEN“ (ARTIKEL 448 CRR).....	48
6.1	DIE EIGENART DES ZINSÄNDERUNGSRIKIOS UND DIE WICHTIGSTEN ANNAHMEN ...	48
6.2	SCHWANKUNGEN BEI GEWINNEN UND WIRTSCHAFTLICHEM WERT IM FALLE VON SCHOCKS	49
7	„RISIKO AUS VERBRIEFUNGSPOSITIONEN“ (ARTIKEL 449 CRR)	51
7.1	ZIELE DER VERBRIEFUNGSAKTIVITÄTEN	51
7.2	DIE ART DER VERBUNDENEN RISIKEN UND DIE FÜR DIE ÜBERWACHUNG DERSELBEN EINGESETZTEN VERFAHREN	52
7.3	DIE ROLLEN DES INSTITUTS IM RAHMEN DER VERBRIEFUNG	52
7.4	VERBRIEFUNG	53
8	„VERGÜTUNGS- UND ANREIZSYSTEME UND ENTSPRECHENDE HANDHABUNG“ (ARTIKEL 450 CRR)	54
8.1	GESTALTUNG UND STEUERUNG DER VERGÜTUNGSPOLITIK	54
8.2	DIE VERGÜTUNGS- UND ANREIZPOLITIK	55
8.3	QUANTITATIVE OFFENLEGUNG BETREFFEND DIE VERGÜTUNGSPOLITIK FÜR DAS JAHR 2019	56
9	„VERWENDUNG VON KREDITRISIKOMINDERUNGSTECHNIKEN“ (ARTIKEL 453 CRR) 57	
9.1	VORSCHRIFTEN UND VERFAHREN FÜR DAS BILANZIELLE UND AUSSERBILANZIELLE NETTING	57
9.2	VERWALTUNG DER DINGLICHEN SICHERHEITEN	57
9.3	VERTEILUNG DER BESICHERTEN FORDERUNGEN NACH DER ART DER SICHERHEIT .	59

VORWORT

Die Offenlegung von bedeutenden Informationen rund um gemeinsame Risikoparameter für die Marktteilnehmer stellt ein grundlegendes Prinzip einer soliden Geschäftsführung in Bankinstituten dar, da sie unter anderem dem informativen Ungleichgewicht entgegenwirkt und die Vergleichbarkeit der Risikoprofile von Banken und anderen Instituten, die innerhalb ein und desselben Rechtsraumes oder in unterschiedlichen Rechtsräumen tätig sind, erleichtert.

Mit Säule III der Baseler Rahmenvereinbarung wird anhand von gesetzlich vorgesehenen Offenlegungsanforderungen eine Stärkung der Marktdisziplin angestrebt. Besagte Anforderungen gewähren den Marktteilnehmern im Hinblick auf eine Verbesserung der Markttransparenz den Zugang zu Kerninformationen über die Risiken und über die Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung der Institute sowie über die allgemeinen Merkmale der von letzteren jeweils eingesetzten Verfahren zur Steuerung und zur Überwachung.

Die genannten Ziele können durch die Offenlegung sowohl qualitativer als auch quantitativer Informationen zur Risikosteuerung erreicht werden.

Die Hypo Vorarlberg Leasing AG (nachstehend auch „der Intermediär“ oder „das Unternehmen“ genannt) ist eine Tochtergesellschaft der Hypo Vorarlberg Bank AG (nachstehend auch „das Mutterhaus“ genannt), einer österreichischen Bank von internationalem Ansehen. Seit 1991 bietet die Hypo Vorarlberg Leasing AG nach dem Vorbild des österreichischen Mutterhauses individuell gestaltete Leasingfinanzierungen für den Erwerb von Immobilien und beweglichen Gütern an.

Seit dem 15. Juli 2016 ist das Unternehmen als „Neuer“ Finanzintermediär in dem gemäß Art. 106, Titel V des ital. Bankwesengesetzes eingerichteten Verzeichnis eingetragen, weshalb es den von der Banca d'Italia mit Rundschreiben Nr. 288 vom 3. April 2015 veröffentlichten Regulierungsvorschriften unterliegt.

In den besagten von der Banca d'Italia erlassenen „Aufsichtsbestimmungen für Finanzintermediäre“ wird in TITEL IV - Kapitel 13 „OFFENLEGUNG“ auf die von den Finanzintermediären zu berücksichtigenden Vorschriften zur Erstellung des Pillar-III-Offenlegungsberichtes verwiesen.

Im Besonderen geht es hierbei um folgende Bestimmungen:

- CRR, Teil 8 „Offenlegung durch Institute“; Teil 10, Titel I, Kapitel 3 „Übergangsbestimmungen für die Offenlegung von Eigenmitteln“;
- Verordnungen der Europäischen Kommission mit technischen Regulierungs- oder Umsetzungsstandards zur Regelung:
 - einheitlicher Muster für die Offenlegung der Informationen zu den Eigenmitteln (Art. 437, Abs. 2 CRR);
 - einheitlicher Muster für die Offenlegung von Eigenmittelinformationen im Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2021 (Art. 492, Abs. 5 CRR).

Mit dem vorliegenden Dokument, welches sich auf das zum 31. Dezember 2019 abgeschlossene Geschäftsjahr bezieht, wird der mit Art. 433 der Verordnung Nr. 575/2013 vorgesehene Pflicht nachgekommen.

Hinsichtlich des Anwendungsbereichs der Offenlegungsanforderungen gemäß Art. 436 wird im Übrigen darauf hingewiesen, dass – auch was die aufsichtsrechtlichen und statistischen Meldungen zum 31. Dezember 2019 betrifft – ausschließlich auf die Hypo Vorarlberg Leasing AG Bezug genommen wird.

Zwecks korrekter Abfassung des Dokuments hat das Unternehmen im Laufe des Jahres 2016 ein Regelwerk für die Erstellung und die Veröffentlichung eines Pillar-III-Offenlegungsberichtes nach den jeweils geltenden Bestimmungen eingeführt.

Der Pillar-III-Offenlegungsbericht wird jährlich vom Verwaltungsrat des Unternehmens genehmigt und daraufhin – gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Jahresabschlusses – auf der Internetseite <http://www.hypoleasing.it> im Bereich „Transparenz“ veröffentlicht.

Die quantitativen Informationen werden – sofern nicht anderweitig angegeben – in Tausend Euro dargestellt. Im Sinne von Art. 432 CRR wird außerdem festgehalten, dass die Hypo Vorarlberg Leasing AG keine als Geschäftsgeheimnis oder als vertraulich geltenden Informationen vorenthalten hat.

1 „RISIKOMANAGEMENTZIELE UND -POLITIK“ (ARTIKEL 435 CRR)

1.1 ZIELE UND POLITIK IM ZUSAMMENHANG MIT DER STEUERUNG UND DER ÜBERWACHUNG DER RISIKEN

Durch die Umsetzung einer optimalen Risikosteuerungsstrategie, welche eine bestmögliche Verteilung der Ressourcen sowie die Ausschöpfung der im Unternehmen vorhandenen Potenziale gewährleistet, strebt das Unternehmen danach, die Erträge zu maximieren und gleichzeitig auch die Risikominderungsziele zu erreichen. Dies setzt eine vorangehende Prüfung der wichtigsten systemrelevanten Wirtschafts- und Finanzvariablen sowie der Besonderheiten, welche die Tätigkeit des Unternehmens kennzeichnen, voraus.

Um den Risiken, welchen es ausgesetzt ist, entgegenzutreten zu können, hat das Unternehmen Regelungen zur Unternehmensführung sowie Mechanismen zur Steuerung und zur Überwachung der Risiken eingeführt. Besagte Schutzmaßnahmen sind eingebettet in das breiter angelegte Gefüge der Organisation und des internen Kontrollsystems, mit welchem eine auf Effizienz, Effektivität und Korrektheit ausgerichtete Geschäftsführung sichergestellt werden soll.

Unter Berücksichtigung der Merkmale, des Umfangs und der Komplexität der geplanten und durchgeführten Aktivitäten sollen die genannten Maßnahmen von Fall zu Fall den bestmöglichen Schutz gegen die wichtigsten Risiken bieten.

Als organisatorische Schutzmaßnahmen können im Besonderen die vier wesentlichen Bestandteile des Internen Kontrollsystems („IKS“) bezeichnet werden, nämlich:

- Bestimmungen und Regelwerke;
- Instrumente und Verfahren;
- Organisationseinheiten und Ressourcen;
- durchgeführte Tätigkeiten und Kontrollen.

An der operativen Umsetzung der auf den verschiedenen Ebenen des Internen Kontrollsystems vorgesehenen Risikosteuerungs- und Risikominderungsmechanismen sind – mit unterschiedlichen Rollen und Verantwortlichkeiten – sowohl die Unternehmensorgane als auch die betrieblichen Funktionen beteiligt.

Durch die Analyse und die Bewertung der Wirksamkeit der vier IKS-Bestandteile ist es möglich, ein Urteil über die Angemessenheit derselben mit Rücksicht auf die ermittelten Risiken zu fällen und gegebenenfalls mit Bezug auf die Bereiche, in welchen Mängel oder Schwachstellen festgestellt wurden, Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Im Besonderen wird diese Selbstbewertung jährlich durchgeführt, um dadurch zur Erstellung einer Risikomatrix zu gelangen. Sie erfolgt durch Befragung der Leiter / operativen Mitarbeiter der jeweiligen Stellen / Organisationseinheiten, welche mit der Beurteilung der für die einzelnen Risikoarten vorgesehenen Kontrollen zweiter Ebene ergänzt wird.

Im Sinne der EU-Verordnung Nr. 575/2013, Art. 435, Buchst, e) und f) erklärt der Verwaltungsrat der Hypo Vorarlberg Leasing AG, dass:

- die eingerichteten Risikomanagementverfahren, wie sie im vorliegenden Dokument beschrieben sind, dem Profil und der Strategie des Instituts angemessen sind, was im Übrigen auch aus den einschlägigen internen Kontrollen hervorgeht;
- das mit der Geschäftsstrategie verbundene allgemeine Risikoprofil des Intermediärs in den Abschnitten 1, 2 und 3 des vorliegenden Dokuments beschrieben ist.

Nachfolgend werden die wichtigsten Organisations-, Kontroll- und Milderungsmaßnahmen mit Bezug auf die einzelnen für den Intermediär relevanten Risikoarten beschrieben.

1.1.1 **KREDITRISIKO**

Das Kreditrisiko ist definiert als das Risiko, dass eine Kreditposition aufgrund einer unerwarteten Verschlechterung der Bonität eines Leasingnehmers – unter anderem auch aufgrund der offensichtlichen Unfähigkeit, seinen vertraglichen Verpflichtungen ganz oder teilweise nachzukommen – an Wert einbüßt.

Die in der Kreditvergabe-Regelung beschriebenen Vorgaben des Unternehmens zum Umgang mit dem Kreditrisiko stellen die Richtlinien dar, nach welchen das Unternehmen entsprechend der vom Mutterhaus jeweils festgelegten Risikobereitschaft die Kreditrisiken zu steuern und zu überwachen beabsichtigt.

Besagte Vorgaben dienen dazu, eine bestmögliche Zusammensetzung der Ausleihungen sicherzustellen und dadurch möglichst hohe Risikomilderungs- und Renditeverbesserungsziele zu erreichen.

Die Begrenzung des Kreditrisikos wird vom Unternehmen sowohl über eine angemessene Beurteilung der Kreditwürdigkeit als auch durch die Einholung von Sicherheiten angestrebt.

Als wichtigste Kontrollmaßnahmen der ersten Ebene gelten:

- Beurteilung der Vermögenslage sowie der wirtschaftlichen und finanziellen Situation des Kunden im Rahmen der Prüfung des Leasingantrages; dabei wird anhand eines auch im Mutterhaus eingesetzten internen Ratingsystems auf der Grundlage von buchhalterischen sowie operationellen Aspekten ein Rating zugeteilt;
- jährliche Bewertung der die Leasinggeschäfte betreffenden Immobilien durch die auf der Grundlage eines Servicing-Vertrages beauftragte, zum Konzern gehörende Immobiliengesellschaft Hypo Vorarlberg Immo Italia GmbH; die Bewertungen erfolgen zum Teil auch anhand von Schätzungen externer Fachleute, während bei Verträgen, die ein Bauleasing zum Gegenstand haben, die internen Abläufe eine periodische Begutachtung der einzelnen Baustellen vorsehen;
- Bewertung der beweglichen Leasinggüter – auch durch externe Fachleute oder spezialisierte Gesellschaften;
- Beurteilung des Lieferanten des Leasinggutes zur Begrenzung des Risikos einer Konkursanfechtung;
- Festlegung der Pouvoirordnung hinsichtlich der Ausreichung von Krediten durch das Unternehmen;
- Kreditüberwachung durch die Kreditabteilung (Mahnwesen), damit etwaige Unregelmäßigkeiten rechtzeitig gemeldet werden;
- Was die Kontrollen zweiter Ebene betrifft, überprüft das Risk Management in regelmäßigen Zeitabständen die korrekte Abwicklung der Kreditentwicklungskontrolle mit dem Ziel, die korrekte Überwachung der Einzelpositionen – insbesondere der leistungsgestörten Positionen – sicherzustellen;
- Beurteilung der Stimmigkeit der Klassifizierung und der Angemessenheit der Rückstellungen;

- Überprüfung der Angemessenheit des Verfahrens zur Forderungsbetreibung;
- Sicherstellung der korrekten Klassifikation der leistungsgestörten Forderungen und der Angemessenheit des zugeteilten Uneinbringlichkeitsgrades.

1.1.2 OPERATIONELLES RISIKO

Als operationelles Risiko bezeichnet man das Risiko, dass aufgrund der Unangemessenheit oder des Versagens von Verfahren, Mitarbeitern und internen Systemen oder aufgrund von externen Faktoren Verluste eintreten. Diese Risikokategorie betrifft unter anderem Verluste durch betrügerische Handlungen, menschliches Versagen, Betriebsunterbrechungen, Ausfall der Systeme, Vertragsbruch, Naturkatastrophen. Unter das operationelle Risiko fallen auch das Rechtsrisiko, das Risiko betreffend die informationstechnische und die physische Sicherheit, während strategische Risiken und Reputationsrisiken nicht dazugehören.

Hinsichtlich der Minderung des operationellen Risikos verfolgt das Unternehmen folgende Ziele:

- Steigerung der Leistungsfähigkeit durch Ermittlung der kritischen Bereiche, Überwachung derselben und Optimierung des Kontrollsystems;
- Entwicklung einer Kultur des operationellen Risikos im Unternehmen durch Sensibilisierung der gesamten Struktur und durch Förderung von bewussten und zielführenden Verhaltensweisen und Managemententscheidungen.

Zur Erreichung der beschriebenen Ziele setzt die Hypo Vorarlberg Leasing AG auf eine Reihe von Maßnahmen:

- Die Mitarbeiter haben jederzeit Zugriff auf schriftlich fixierte Arbeitsanweisungen und Ablaufbeschreibungen, welche als Grundlage für Geschäftsaktivitäten und -vorgänge dienen; die Geschäftsprozesse werden von der Innenrevision regelmäßig hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und ihrer Effizienz beurteilt; zudem werden Weiterbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiter vorgesehen;
- neben den besonderen, auf rechtliche Aspekte bezogenen Kontrollen werden in regelmäßigen Zeitabständen standardisierte, vom Mutterhaus anhand eines konzernweiten Internen Kontrollsystems im Voraus festgelegte Kontrollen durchgeführt, wobei jede Abteilung eine Prüfung der möglichen Fehler vorzunehmen und alle Maßnahmen zur Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit zu ergreifen hat;

- falls die Prozesse Schwächen aufweisen, werden durch die Mitarbeit aller beteiligten Personen rechtzeitig die entsprechenden Korrekturmaßnahmen ergriffen;
- digitale Dokumentenverwaltung und tägliche Backups der Dokumente, Daten und Zugriffe zum Informationssystem sowie Begrenzung der Zugriffe gemäß den vorgesehenen Berechtigungen;
- durch effiziente Vorsorgemaßnahmen soll eine Krise oder Katastrophe tunlichst verhindert werden bzw. im Eintrittsfalle die Wiederherstellung des Normalzustandes durch eine effiziente Abwicklung der erforderlichen Aktivitäten möglichst kurzfristig erreicht werden (Disaster Recovery und Business Continuity);
- 2016 wurde eine Datenbank für die Erfassung der vom Unternehmen erlittenen Verluste aus operationellen Risiken erstellt; die entsprechenden Daten werden laufend dem Mutterhaus gemeldet.

Gemäß Art. 446 der Verordnung Nr. 575/2013 wird darauf hingewiesen, dass das Unternehmen zwecks Messung der Kapitalunterlegung für operationelle Risiken den von den geltenden Überwachungsanweisungen (Rundschreiben der Banca d'Italia Nr. 288, Tit. IV, Kap. 10 sowie CRR, Art. 312-316) vorgesehenen Standardansatz anwendet, laut welchem ein Gewichtungssatz in Höhe von 15 % des Durchschnitts der in den letzten drei Geschäftsjahren nach Art. 316 CRR ermittelten maßgeblichen Indikatoren zur Anwendung kommt.

1.1.3 KONZENTRATIONSRISIKO

Risiko im Zusammenhang mit Forderungen gegenüber Gegenparteien, untereinander verbundenen Gegenparteien oder im selben Wirtschaftssektor tätigen Gegenparteien, beziehungsweise gegenüber Gegenparteien, welche dieselbe Tätigkeit ausüben oder in derselben Region tätig sind. Das Konzentrationsrisiko lässt sich in zwei Unterarten unterteilen:

- Konzentrationsrisiko bezogen auf Kreditnehmereinheiten (ein und derselben Risikogruppe angehörende und/oder verbundene Kunden);
- Konzentrationsrisiko bezogen auf Branchen und/oder Regionen.

Das Unternehmen ist in Trentino-Südtirol, in der Provinz Verona und in den Provinzen Milano, Como, Varese, Monza Brianza und Lecco tätig.

Das Risikoprofil des Unternehmens ergibt sich aus der Identifizierung bestimmter Kennzahlen, welche die Konzentration des Kreditrisikos ausdrücken, sowie aus der Festlegung von Risikoschwellen; sowohl die punktuellen Werte als auch ihre Entwicklung werden entsprechend überwacht.

Um die Kreditrisikokonzentration zu begrenzen, werden im Zuge der Kreditprüfung stets die rechtlichen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Kunden berücksichtigt.

Zwecks Überwachung der Großkredite erstellt das Risk Management einen Bericht, welcher die Aufstellung derselben sowie die entsprechenden Beträge enthält. Der Bericht wird vierteljährlich der Direktion, dem Verwaltungsrat und dem Aufsichtsrat vorgelegt.

1.1.4 ZINSÄNDERUNGSRIKIO

Das Zinsänderungsrisiko im Bankbuch besteht aus dem Risiko, Verluste oder Gewinneinbußen infolge einer negativen Auswirkung von Zinssatzänderungen bei den nicht zu Handelszwecken gehaltenen aktiven und passiven Vermögenswerten hinnehmen zu müssen.

Als Instrument zur Überwachung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch wendet das Unternehmen die für aufsichtsrechtliche Zwecke ausgearbeitete Maturity Ladder an. Diese gestattet es, anhand der Gegenüberstellung von aktiven und passiven Vermögenswerten innerhalb der einzelnen Laufzeitbänder das Gleichgewicht der erwarteten Geldflüsse zu beurteilen und dadurch etwaige Abweichungen zwischen Ein- und Ausgängen hervorzuheben. Durch die Erstellung von sogenannten kumulierten Gaps kann zudem der finanzielle Nettobedarf (oder Nettoüberschuss) an finanziellen Mitteln im jeweiligen Beobachtungszeitraum errechnet werden.

1.1.5 LIQUIDITÄTSRIKIO

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass der Intermediär nicht in der Lage ist, seinen Verpflichtungen im Zusammenhang mit seiner Geschäftstätigkeit bei der jeweiligen Fälligkeit nachzukommen. Dies kann auf die Unmöglichkeit zurückzuführen sein, sich auf dem Markt Geldmittel zu verschaffen (Funding Liquidity Risk), oder auf Schwierigkeiten bei der Monetisierung von Vermögenswerten (Market Liquidity Risk).

Das Treasury Management wird von der Buchhaltung wahrgenommen, und zwar insbesondere am letzten und am fünfzehnten Tag eines jeden Monats.

Die Buchhaltung holt am Tag vor der Fälligkeit zur Monatsmitte und zum Monatsende die auf die folgenden 15 Tage bezogenen Daten zu den abzuschließenden Verträgen, zu den vorgesehenen Zahlungseingängen, zu den geplanten Verkäufen infolge der Ausübung von Kaufoptionen, zu den fälligen Rechnungen für in Bau befindliche Leasinggüter, zu den Banksalden, zu den Sepa-Belastungen und zu den anderen Zahlungen an Lieferanten, zu den fälligen Abgaben ein.

Die Geschäftsleitung entscheidet über die Höhe der – je nachdem, ob sich am Ende eine positive oder eine negative Liquidität ergibt, – beim Mutterhaus aufzunehmenden Finanzierung oder an dieser zu leistenden Rückzahlung.

1.1.6 RESIDUALRISIKO

Die Begrenzung des Kreditrisikos wird vom Unternehmen sowohl über eine angemessene Beurteilung der Kreditwürdigkeit als auch durch die Einholung von Sicherheiten angestrebt.

Dies setzt den Intermediär dem Risiko aus, dass die angewandten Kreditrisikomilderungstechniken nicht so wirksam sind wie vorgesehen. Im Grunde ist das Residualrisiko mit der Unbrauchbarkeit der Sicherheiten im Zuge ihrer Inanspruchnahme und/oder der Beitreibung der Forderung aufgrund nicht einwandfreien Vorgehens bei der Einholung der Sicherheit oder bei der Überwachung und/oder Erneuerung derselben verbunden.

Das Unternehmen sieht Folgendes vor:

- Die etwaige Nutzung der Kreditrisikominderungstechniken erfordert einen eigenen Beschluss des Verwaltungsrates.
- Die in Frage kommenden Sicherheiten, die Bedingungen für die Notwendigkeit ihrer Einholung sowie die zu berücksichtigenden Sicherheitsabschläge müssen festgelegt und kontinuierlich angepasst werden.

1.1.7 STRATEGISCHES RISIKO

Es handelt sich um das Risiko hinsichtlich eines aktuellen oder zukünftigen Rückgangs der Gewinne oder des Kapitals aufgrund von Änderungen im betrieblichen Umfeld, von falschen geschäftspolitischen Entscheidungen oder infolge unangemessener Umsetzung von Entscheidungen oder unzureichender Anpassung an Veränderungen des Marktumfeldes.

Eine der Methoden zur Minderung und zur Steuerung des strategischen Risikos besteht in der effektiven strategischen Planung. Der strategische Budget- und Planungsprozess gestattet es den zuständigen Organen, mit Rücksicht auf das Risikoausmaß sowie auf die Rentabilität und die Höhe des eingesetzten Kapitals strategische Entscheidungen für die Unternehmenssteuerung zu treffen.

Bedeutende Aspekte und Maßnahmen für die Steuerung des strategischen Risikos sind:

- gemeinsame Sitzungen des Verwaltungsrates und Geschäftsleitung zur Beurteilung der Strategie und der Marktpositionierung;
- rasche Entscheidungsprozesse angesichts der Größe und der relativ starken Autonomie des Unternehmens;
- kontinuierliche Rückmeldung zwischen Vertrieb und Direktion.

Der Bereich Controlling und Sekretariat erstellt in Abstimmung mit der Geschäftsleitung die Jahresbudgets und ist für folgende Aktivitäten zur Überwachung des strategischen Risikos zuständig:

- regelmäßige Prüfung der Abweichungen zwischen geplanten und tatsächlichen Werten;
- Empfehlung von Maßnahmen zur Verbesserung der Kosten-/Ertragsrelation bzw. zum Erreichen der Budgetziele;
- Erstellung der Quartalsberichte für das Mutterhaus in enger Zusammenarbeit mit dem Leiter der Buchhaltung; Ausarbeitung der Berichte, der Statistiken und der entsprechenden Auswertungen.

1.1.8 REPUTATIONSRISIKO

Für den Umgang mit dem Reputationsrisiko, also dem Risiko eines Gewinnrückganges oder von Kapitalverlusten infolge der Verschlechterung des Images des Intermediärs bei Kunden, Gegenparteien, Aktionären, Mitarbeitern oder Aufsichtsbehörden, sind folgende Vorkehrungen vorgesehen:

- Pflege der Beziehungen zu den Stakeholdern und zur Presse sowie allgemein der internen und externen Kommunikation über den Unternehmensauftritt oder durch die Auswahl von Marketingstrategien durch das Marketingbüro in Abstimmung mit dem Delegierten des Verwaltungsrates;
- laufende Überwachung seitens der Geschäftsleitung der von den Medien veröffentlichten Nachrichten im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Unternehmens und mit dem Leasingsektor;
- Unterhaltung enger Beziehungen zu den externen Vermittlern und laufender Informationsaustausch zwischen dem Bereich Vertrieb und den Kunden sowie der Geschäftsleitung;
- Vorgaben zur Verbesserung der Qualität der Dienstleistungen, wobei insbesondere auf die kontinuierliche Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter, auf die selektive Auswahl und die regelmäßige Überprüfung der Qualität der externen Vermittler geachtet wird;
- Behandlung und Beurteilung etwaiger vonseiten der Kunden gemeldeter Probleme durch die als entsprechende Anlaufstelle eigens eingerichtete Beschwerdestelle;
- Einhaltung der Grundsätze laut Verhaltenskodex der Vereinigung der Leasingunternehmen Assilea;
- Einführung eines Ethikkodex.

1.1.9 COMPLIANCE-RISIKO

Das Risiko mangelnder Regeltreue, auch Compliance-Risiko genannt, ist definiert als die Gefahr, Rechts- oder Verwaltungsstrafen, erhebliche finanzielle Verluste oder Imageschäden infolge der Verletzung von zwingenden Normen (Gesetze, Verordnungen) oder Selbstverpflichtungen (Satzungen, Verhaltenskodizes, Selbstkontrollkodizes) zu erleiden. Es ist auf allen Ebenen der Unternehmensorganisation verbreitet, und die Vorbeugearbeit muss vor allem dort geleistet werden, wo das Risiko entsteht. Es ist daher notwendig, beim gesamten Personal das entsprechende Verantwortungsbewusstsein zu wecken. Dieses Risiko muss mit einem proaktiven und vorwegnehmenden Ansatz aufgrund einer Vorbeugungs- und Steuerungslogik gemanagt werden, die vorbeugende Maßnahmen sowohl seitens der Abteilung Compliance und Geldwäschebekämpfung als auch der betroffenen Abteilungen/Geschäftsbereiche/operativen Bereiche beinhaltet.

Das Compliance-Risiko steht in engem Zusammenhang mit dem Reputationsrisiko, und zwar insofern, als das Reputationsrisiko – wenngleich es nicht mit dem Compliance-Risiko zusammenfällt, immerhin eine bedeutsame Folge desselben sein kann.

Nachstehend sind die wichtigsten Tätigkeitsbereiche der Abteilung Compliance und Geldwäschebekämpfung in Bezug auf das Risiko der mangelnden Regeltreue angeführt:

- Verfolgung und Analyse der Gesetze und aller anderen Vorschriften, um das Unternehmen in Sachen Regelkonformität beraten zu können, sowie Mitwirkung an sämtlichen wichtigen Entscheidungen bezüglich Produkte und Dienstleistungen für Kunden;
- Koordinierung der Projekte zur Anpassung der internen Regelwerke;
- Prüfung der Angemessenheit von Prozessen und Vorgehensweisen sowie der tatsächlichen Einhaltung mittels Wirksamkeitstests;
- Beziehungen zur Aufsichtsbehörde in Bezug auf die in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Angelegenheiten;
- Sensibilisierung, Beratung und Betreuung des Personals in allen Fragen, in denen das Risiko mangelnder Regeltreue eine Rolle spielt;
- Mitwirkung an der Personalschulung hinsichtlich der auf die ausgeübten Tätigkeiten anzuwendenden Vorschriften, um eine nach den Grundsätzen der Ehrlichkeit, der Korrektheit und der Regeltreue ausgerichtete Unternehmenskultur zu verbreiten.

1.1.10 IMMOBILIENRISIKO

Das Immobilienrisiko betrifft mögliche Verluste infolge von Wertschwankungen der vom Intermediär – sei es zu produktiven Zwecken, sei es als Investition, jedoch nicht als Sicherheit für den Kunden gewährte Kredite – gehaltenen Immobilien.

Was die Verwaltung der das Immobilienportfolio bildenden Güter betrifft, bedient sich das Unternehmen der Hypo Vorarlberg Immo Italien GmbH, einer Gesellschaft mit großer Erfahrung auf dem Gebiet der Immobilien, und zwar insbesondere was folgende Tätigkeiten betrifft:

- Suche potenzieller Käufer;
- Einholen der technischen Unterlagen;
- technische Überwachung der Gebäude (inkl. Sicherheitenfordernisse);
- Koordinierung der ordentlichen und der außerordentlichen Instandhaltung;

- Suche und Betreuung von Vertriebskanälen (Immobilienmakler, technische Büros, Freiberufler usw.);
- direkte Verhandlungen mit potenziellen Interessenten;
- Vertriebstätigkeit (Internetauftritt, Werbung, sonstige Informationskanäle usw.);
- Vorbereitung der Unterlagen für den Abschluss des notariellen Vertrages.

Die Abstimmung zwischen der Hypo Vorarlberg Immo Italia GmbH, dem Bereich Vertrieb der Hypo Vorarlberg Leasing AG sowie dem Delegierten des Verwaltungsrates derselben, welche laufend die Lage des jeweils betroffenen Immobilienmarktes überwachen, gestattet es, die Verwaltung des Immobilienportfolios des Unternehmens so auszurichten, dass das Risiko, aufgrund von Wertschwankungen bei den Immobilien Verluste zu erleiden, überwacht und gegebenenfalls durch die Bildung von entsprechenden Rücklagen zur Risikovorsorge abgedeckt wird.

1.2 UNTERNEHMENSFÜHRUNGSREGELUNGEN

Nachstehend wird auf die Verwaltungsratsmitglieder, ihren beruflichen Werdegang sowie die Anzahl und die Art der Aufträge in anderen Unternehmen zum 31. Dezember 2019 eingegangen:

Name	Amt	seit	Kurzfassung Curriculum vitae	Anzahl und Art der sonstigen Aufträge
Dr. Wilfried Amann	Präsident des Verwaltungsrates	2017	Studienabschluss Betriebswirtschaft und Wirtschaftspädagogik in Innsbruck, mehrjährige Berufserfahrung im Bankenbereich und als Universitäts-Assistenzprofessor, seit 2017 Mitglied des Vorstandes der Hypo Vorarlberg Bank AG	2 Aufträge als Aufsichtsratsvorsitzender, 1 Auftrag als stellv.Vorsitzender des Aufsichtsrates, 1 Aufträge als Aufsichtsratsmitglied, 1 Auftrag als Präsident des Verwaltungsrates, 1 Auftrag als Verwaltungsratsmitglied, 1 Auftrag als Geschäftsführer
Mag. Stefan Germann	Vizepräsident des Verwaltungsrates	2006	Studienabschluss Rechtswissenschaften in Innsbruck, mehrjährige Berufserfahrung im Bankenbereich, seit 2000 in der Hypo Vorarlberg Bank AG, seit 2001 Leiter Kreditrisikomanagement Firmenkunden	1 Auftrag als Präsident des Verwaltungsrates
Mag. Emmerich Schneider	Verwaltungsratsmitglied	2007	Studienabschluss Rechtswissenschaften in Innsbruck, mehrjährige Berufserfahrung im Bankenbereich, seit 2001 in der Hypo Vorarlberg Bank AG, seit 2007 Leiter Beteiligungsmanagement	1 Auftrag als Vizepräsident des Aufsichtsrates, 2 Aufträge als Aufsichtsratsmitglied, 2 Aufträge als Verwaltungsratsmitglied, 6 Aufträge als Geschäftsführer
Dr. Franz Hölzl	Verwaltungsratsmitglied	2002	Studienabschluss in Wirtschaft und Handel, seit 1989 freiberuflich als Berater tätig, mehrjährige Berufserfahrung im Banken-, Versicherungs- und Finanzbereich	2 Aufträge als Aufsichtsratsmitglied
RA Gerhart Gostner	Verwaltungsratsmitglied	2002	Studienabschluss in Rechtswissenschaften in Florenz, seit 1973 als Rechtsanwalt mit eigener Kanzlei tätig	1 Auftrag als Vizepräsident des Verwaltungsrates, 2 Aufträge als Verwaltungsratsmitglied
Hermann Thaler	Verwaltungsratsmitglied	2005	mehrjährige Berufserfahrung in verschiedenen Branchen, seit 2004 Delegierter des Verwaltungsrates einer Baufirma und alleiniger Verwalter von beteiligten Unternehmen	1 Auftrag als Präsident des Verwaltungsrates
Dr. Michael Meyer	Delegierter des Verwaltungsrates	2008	Studienabschluss Wirtschaft und Handel in Wien, mehrjährige Berufserfahrung im Bankenbereich, seit 2002 in der Hypo Vorarlberg Leasing AG als Geschäftsführer tätig	1 Auftrag als Delegierter des Verwaltungsrates, 1 Auftrag als Verwaltungsratsmitglied

Der Verwaltungsrat setzt sich unter Berücksichtigung der Vorgaben laut Überwachungsanweisungen aus so vielen Mitgliedern zusammen, dass bei den

Beschlussfassungen ein angemessener interner Meinungs-austausch gewährleistet ist, wobei ein ausgewogenes Verhältnis zwischen geschäftsführenden und nicht geschäftsführenden Mitgliedern sichergestellt ist.

Der Verwaltungsrat prüft alle Mitglieder auf die Erfüllung der gemäß Art. 26 BWG vorgeschriebenen Anforderungen an die Ehrbarkeit, die Professionalität und die Unabhängigkeit sowie auf das Nichtbestehen von Unvereinbarkeits- und Verfallsgründen gemäß Art. 36 der Dringlichkeitsverordnung Nr. 201/2011.

Die Ernennung der Verwaltungsratsmitglieder obliegt der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft. Was die Regeln für die Beauftragung betrifft, kann auf das vom Mutterhaus erstellte Dokument „Fit & Proper Policy“ Bezug genommen werden. Dieses legt die Strategie und die Kriterien für die Auswahl der Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates des Mutterhauses sowie der Inhaber von Schlüsselpositionen innerhalb der Unternehmensgruppe fest (schließt auch Verwaltungsratsmitglieder der Hypo Vorarlberg Leasing AG ein). Das Dokument kann über nachstehenden Link eingesehen werden:

https://www.hypovbg.at/fileadmin/Hypovbg/Hypo-Vorarlberg/Rechtsgrundlagen/Fit-Propor-Policy_Hypo-Vorarlberg.pdf

Mit Bezug auf die Informationsflüsse zu den Risiken werden in der nachstehenden Tabelle die vom Risk Management ausgearbeiteten Berichte aufgezeigt, wobei für jeden Bericht folgende Angaben geliefert werden:

- Bezeichnung und grundlegende Inhalte;
- Empfänger (Verwaltungsrat, Aufsichtsrat und Banca d'Italia);
- Periodizität (jährlich, halbjährlich, vierteljährlich, monatlich).

Bezeichnung des Berichts	Grundlegende Inhalte	Mit der Ausarbeitung beauftragte Stelle	Empfänger	Periodizität
Jahresplan Risk Management	Beschreibung der im Laufe des Jahres durchzuführenden Tätigkeiten	Risk Management	Verwaltungsrat, Aufsichtsrat	jährlich
Jahresbericht Risk Management	Beschreibung der im Laufe des Jahres durchgeführten Tätigkeiten	Risk Management	Verwaltungsrat, Aufsichtsrat und Banca d'Italia	jährlich
ICAAP	ICAAP-Bericht	Risk Management	Verwaltungsrat, Aufsichtsrat und Banca d'Italia	jährlich
Bericht über die Großkredite sowie über die Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung	Aufstellung und Betrag der Großkredite, Deckungskennzahlen betreffend die Risiken aus Säule 1 und Kapitalquoten	Risk Management	Verwaltungsrat und Aufsichtsrat	vierteljährlich
Managementbericht	Gliederung des Portfolios nach Ratingklassen, Filialen, Produkten, Überfälligkeiten, wahrscheinlichen Ausfällen und notleidenden Forderungen sowie Portfolio-Qualität	Risk Management	Verwaltungsrat und Aufsichtsrat	monatlich
Bericht über die Entwicklung der Zahlungsflüsse des verbrieften Portfolios	Bericht, mit welchem die Entwicklung der Inkasso- und Zahlungsbewegungen im Zusammenhang mit der Verwaltung und der Überwachung des verbrieften Bestandes zur Kenntnis gebracht wird	Risk Management	Verwaltungsrat und Aufsichtsrat	halbjährlich

2 „EIGENMITTEL“ (ARTIKEL 437 CRR)

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel, die Mindestkapitalanforderungen und die entsprechenden Kennzahlen wurden unter Berücksichtigung der im Rundschreiben der Banca d'Italia Nr. 286/2013 enthaltenen Bestimmungen „Anleitungen zum Ausfüllen der Meldungen beaufsichtigter Rechtspersonen“ ermittelt, welche infolge der Eintragung der Gesellschaft im neuen Verzeichnis für Finanzintermediäre nach Artikel 106 BWG im Juni 2016 die in den Rundschreiben Nr. 216/1996 und Nr. 217/1996 enthaltenen Bestimmungen ersetzen.

Das harte Kernkapital (Common Equity Tier 1 – CET1) setzt sich aus den in den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen genannten Vermögensbestandteilen zusammen, wie

Gesellschaftskapital, Rücklagen, Ausgabeaufschläge und Gewinn des Geschäftsjahres. Davon werden in Abzug gebracht: die eigenen Aktien oder Anteile im Portfolio, der Geschäftswert, die immateriellen Vermögenswerte, der Verlust des Geschäftsjahres und die vorgetragene Verluste sowie die sogenannten aufsichtsrechtlichen Filter, die zum Schutz der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel und zur Verringerung der auf die Anwendung der internationalen Rechnungslegungsgrundsätze IAS/IFRS beruhenden Volatilität eingeführt wurden.

Das harte Kernkapital (Common Equity Tier 1 – CET1) setzt sich zusammen aus dem Kapital, dem Ergebnis des Geschäftsjahres sowie den Rücklagen.

Die vom harten Kernkapital in Abzug zu bringenden Bestandteile betreffen die immateriellen Vermögenswerte.

Für das zusätzliche Kernkapital (Additional Tier 1 – AT1) und das Ergänzungskapital (Tier 2 – T2) sind keine Abzugsposten zu verzeichnen.

2.1 BILANZABSTIMMUNG

In der nachstehenden Tabelle sind die Eigenmittel zum 31. Dezember 2019 angeführt.

	31.12.2019
A. Hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1 - CET1) vor Anwendung der aufsichtsrechtlichen Filter	65.453
davon Instrumente des Ergänzungskapitals (Übergangsregelung)	
B. Aufsichtsrechtliche Filter des harten Kernkapitals (+/-)	
C. Hartes Kernkapital 1 zuzüglich Abzugsposten und Auswirkungen der Übergangsregelung (A +/- B)	
D. Abzugsposten des harten Kernkapitals	(469)
E. Übergangsregelung – Auswirkungen auf das harte Kernkapital (+/-)	
F. Hartes Kernkapital 1 (Common Equity Tier 1 - CET1)	64.984
G. Zusätzliches Kernkapital (Additional Tier 1 - AT1) zuzüglich Abzugsposten und Auswirkungen der Übergangsregelung	
davon Kapitalinstrumente des zusätzlichen Kernkapitals (Übergangsregelung - Grandfathering)	
H. Abzugsposten des zusätzlichen Kernkapitals	
I. Übergangsregelung – Auswirkungen auf das zusätzliche Kernkapital (+/-)	
L. Summe zusätzliches Kernkapital (Additional Tier 1 - AT1) (G-H +/- I)	
M. Ergänzungskapital (Tier 2 - T2) einschließlich der abzuziehenden Vermögensbestandteile und der Auswirkungen der Übergangsregelung (Grandfathering)	
davon Instrumente des Ergänzungskapitals (Übergangsregelung)	
N. Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Posten	
O. Übergangsregelung – Auswirkung auf T2 (+/-)	
P. Summe Ergänzungskapital (Tier 2 - T2) (M - N +/- O)	
Q. Summe Eigenmittel (F + L + P)	64.984

Zwecks Abstimmung der Eigenmittelbestandteile und der entsprechenden Abzugs- und Korrekturposten sind nachstehend die für die Berechnung der Eigenmittel verwendeten Bilanzpositionen angeführt.

A. Hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1 - CET1) vor Anwendung der aufsichtsrechtlichen Filter		65.453
Vermögensbestandteile	Bilanzpositionen	Bilanzwert 31.12.2019
Kapital	Passiva 110	96.500
Rücklagen	Passiva 150	(30.654)
Verlust des Geschäftsjahres	Passiva 170	(393)

D. Abzugsposten des harten Kernkapitals		65.453
Vermögensbestandteile	Bilanzpositionen	Bilanzwert 31.12.2019
Immaterielle Vermögenswerte	Aktiva 90	(469)

2.2 HAUPTMERKMALE DER KAPITALINSTRUMENTE

Die nachfolgende Tabelle ist gemäß den mit Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1423 vom 20. Dezember 2013 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Offenlegungspflichten der Institute in Bezug auf Eigenmittel gemäß CRR festgelegten Mustern aufgebaut.

Im Besonderen liefert Anhang II der erwähnten Verordnung ein eigenes Muster für die Offenlegung der Hauptmerkmale der Kapitalinstrumente.

Die Informationen betreffen das harte Kernkapital der Hypo Vorarlberg Leasing AG.

1	Emittent	Hypo Vorarlberg Leasing AG
2	Einheitliche Kennung	Von der Banca d'Italia zugeteilte Datenverarbeitungs-Kennziffer 19411
3	Für das Instrument geltendes Recht	Italienisches Recht
AUFSICHTSRECHTLICHE BEHANDLUNG		
4	CRR-Übergangsregelungen	Hartes Kernkapital (CET1)
5	CRR-Regelungen nach der Übergangszeit	Hartes Kernkapital (CET1)
6	Anrechenbar auf Solo-/Konzern-/Solo- und Konzernebene	Solo
7	Instrumenttyp	Stammaktien - Art. 28 CRR
8	Auf aufsichtsrechtliche Eigenmittel anrechenbarer Betrag (Mio. Euro)	96,5
9	Nennwert des Instruments (Mio. Euro)	96,5
9a	Ausgabepreis	N/A
9b	Tilgungspreis	N/A
10	Rechnungslegungsklassifikation	Kapital
11	Ursprüngliches Ausgabedatum	N/A
12	Unbefristet oder Verfalltermin	N/A
13	Ursprünglicher Fälligkeitstermin	N/A
14	Durch Emittenten kündbar mit vorheriger Zustimmung der Aufsichtsbehörde	N/A
15	Wählbarer Kündigungstermin, bedingte Kündigungstermine und Tilgungsbetrag	N/A
16	Spätere Kündigungstermine, wenn anwendbar	N/A
COUPONS / DIVIDENDEN		
17	Feste oder variable Dividenden-/Couponzahlungen	Variabel
18	Nominalcoupon und etwaiger Referenzindex	N/A
19	Bestehen eines „Dividenden-Stopps“	Nein
20a	Vollständig diskretionär, teilweise diskretionär oder zwingend (zeitlich)	Vollständig diskretionär
20b	Vollständig diskretionär, teilweise diskretionär oder zwingend (in Bezug auf den Betrag)	Vollständig diskretionär
21	Bestehen einer	N/A

1	Emittent	Hypo Vorarlberg Leasing AG
	Kostenanstiegsklausel oder eines anderen Tilgungsanreizes	
22	Nicht kumulativ oder kumulativ	N/A
23	Wandelbar oder nicht wandelbar	N/A
24	Wenn wandelbar: Auslöser für die Wandlung	N/A
25	Wenn wandelbar: ganz oder teilweise	N/A
26	Wenn wandelbar: Wandlungsrate	N/A
27	Wenn wandelbar: Wandlung obligatorisch oder fakultativ	N/A
28	Wenn wandelbar: Typ des Instruments, in das gewandelt wird	N/A
29	Wenn wandelbar: Emittent des Instruments, in das gewandelt wird	N/A
30	Herabschreibungsmerkmale	N/A
31	Bei Herabschreibung: Auslöser für die Herabschreibung	N/A
32	Bei Herabschreibung: ganz oder teilweise	N/A
33	Bei Herabschreibung: dauerhaft oder vorübergehend	N/A
34	Bei vorübergehender Herabschreibung: Mechanismus der Wiederzuschreibung	N/A
35	Position in der Rangfolge im Liquidationsfall (das jeweils ranghöhere Instrument nennen)	N/A
36	Unvorschriftsmäßige Merkmale der gewandelten Instrumente	Nein
37	Ggf. unvorschriftsmäßige Merkmale nennen	N/A
N/A = Information nicht anwendbar		

2.3 INFORMATIONEN ZU DEN EIGENMITTELN

Nachstehend werden die Informationen gemäß dem Muster für die Offenlegung der Eigenmittel (Anhang IV der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1423 vom 20. Dezember 2013) geliefert.

OFFENLEGUNG DER EIGENMITTEL WÄHREND DER ÜBERGANGSFRIST

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangsfrist		Betrag am Tag der Offenlegung
Hartes Kernkapital (CET1): Instrumente und Rücklagen		
1	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	96.500
	davon: Stammaktien	96.500
2	Einbehaltene Gewinne	
3	Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen, zur Berücksichtigung nicht realisierter Gewinne und Verluste nach den anwendbaren Rechnungslegungsstandards)	-31.047
3a	Fonds für allgemeine Bankrisiken	
4	Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 3 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das CET1 ausläuft	
	<i>Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2019</i>	

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangsfrist		Betrag am Tag der Offenlegung
5	Minderheitsbeteiligungen (zulässiger Betrag in konsolidiertem CET1)	
5a	Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne, abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden	
6	Hartes Kernkapital (CET1) vor regulatorischen Anpassungen	65.453
Hartes Kernkapital (CET1): regulatorische Anpassungen		
7	Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	
8	Immaterielle Vermögenswerte (verringert um entsprechende Steuerschulden) (negativer Betrag)	(469)
9	In der EU: leeres Feld	
10	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Absatz 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	
11	Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	
12	Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	
13	Anstieg des Eigenkapitals, der sich aus verbrieften Aktiva ergibt (negativer Betrag)	
14a	Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	
14b	Gewinne und Verluste aus zum Zeitwert bilanzierten Derivatverbindlichkeiten des Instituts, die aus Veränderungen seiner eigenen Bonität resultieren	
15	Vermögenswerte aus Pensionsfonds mit Leistungszusage (negativer Betrag)	
16	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	
17	Positionen in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	
18	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	
19	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	
20	In der EU: leeres Feld	
20a	Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1.250 % zuzuordnen ist, wenn das Institut als Alternative jenen Forderungsbetrag vom Betrag der Posten des harten Kernkapitals abzieht	
20b	davon: qualifizierte Beteiligungen außerhalb des Finanzsektors (negativer Betrag)	
20c	davon: Verbriefungspositionen (negativer Betrag)	
20d	davon: Vorleistungen (negativer Betrag)	
21	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (über dem Schwellenwert von 10 %, verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Absatz 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	
22	Betrag, der über dem Schwellenwert von 15 % liegt (negativer Betrag)	
23	davon: direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	
24	In der EU: leeres Feld	
25	davon: von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren	
25a	Verluste des laufenden Geschäftsjahres (negativer Betrag)	
25b	Vorhersehbare steuerliche Belastung auf Posten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	
26	Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung unterliegen	
26a	Regulatorische Anpassungen im Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Artikel 467 und 468 davon: Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Verluste aus Bewertungsrücklagen davon: Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Gewinne aus von Zentralstaaten der Europäischen Union begebenen Schuldpapieren davon: Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Kursgewinne	

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangsfrist		Betrag am Tag der Offenlegung
	davon: Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren aktiven Finanzinstrumenten davon: Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Gewinne im Zusammenhang mit Sondergesetzen zur Aufwertung	
26b	Vom harten Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	
27	Betrag der von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das zusätzliche Kernkapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	
28	Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals (CET1) insgesamt	
29	Hartes Kernkapital (CET1)	64.984
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente		
30	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	
31	davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Eigenkapital eingestuft	
32	davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Passiva eingestuft	
33	Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 4 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das AT1 ausläuft <i>Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2019</i>	
34	Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählende Instrumente des qualifizierten Kernkapitals (einschließlich nicht in Zeile 5 enthaltener Minderheitsbeteiligungen), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	
35	davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	
36	Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor regulatorischen Anpassungen	
Zusätzliches Kernkapital (AT1): regulatorische Anpassungen		
37	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (negativer Betrag)	
38	Positionen in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	
39	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	
40	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	
41	Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d. h. CRR-Restbeträge)	
41a	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Artikel 472 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 davon Restbetrag betreffend Verluste des laufenden Geschäftsjahres	
41b	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Artikel 475 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	
41c	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge davon: mögliche Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Verluste	
42	Betrag der von den Posten des Ergänzungskapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das Ergänzungskapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	
43	Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (AT1) insgesamt	
44	Zusätzliches Kernkapital (AT1)	
45	Kernkapital (T1 = CET1 + AT1)	64.984
Ergänzungskapital (T2): Instrumente und Rücklagen		
46	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	
47	Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 5 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das T2 ausläuft <i>Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2019</i>	
48	Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente (einschließlich	

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangsfrist		Betrag am Tag der Offenlegung
	nicht in den Zeilen 5 bzw. 34 enthaltener Minderheitsbeteiligungen und AT1-Instrumente), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	
49	davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	
50	Kreditrisikoanpassungen	
51	Ergänzungskapital (T2) vor regulatorischen Anpassungen	
Ergänzungskapital (T2): regulatorische Anpassungen		
52	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen (negativer Betrag)	
53	Positionen in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	
54	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	
54a	davon: neue Positionen, die keinen Übergangsbestimmungen unterliegen	
54b	davon: Positionen, die vor dem 1. Januar 2013 bestanden und Übergangsbestimmungen unterliegen	
55	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	
56	Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d. h. CRR-Restbeträge)	
56a	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Artikel 472 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	
56b	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Artikel 475 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 davon Betrag der von den Posten des harten Kernkapitals in Abzug zu bringenden direkten, indirekten und synthetischen Positionen der Bank in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält davon Auswirkungen von Freibeträgen unter Berücksichtigung der Übergangseffekte	
56c	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge davon: zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte davon: zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Gewinne im Zusammenhang mit Sondergesetzen zur Aufwertung	
57	Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2) insgesamt	
58	Ergänzungskapital (T2)	
59	Eigenkapital insgesamt (TC = T1 + T2)	64.984
59a	Risikogewichtete Aktiva in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d. h. CRR-Restbeträge) davon: ... nicht vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten (Verordnung (EU) Nr. 575/2013, Restbeträge) (Zeile für Zeile aufzuführende Posten, z. B. von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, verringert um entsprechende Steuerschulden, indirekte Positionen in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals usw.) davon: ... nicht von Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringende Posten (Verordnung (EU) Nr. 575/2013, Restbeträge) (Zeile für Zeile aufzuführende Posten, z. B. gegenseitige Überkreuzbeteiligungen in Instrumenten des Ergänzungskapitals, direkte Positionen nicht wesentlicher Beteiligungen am Kapital anderer Unternehmen der Finanzbranche usw.) davon: nicht von Posten des Ergänzungskapitals in Abzug zu bringende Posten (Verordnung (EU) Nr. 575/2013, Restbeträge) (Zeile für Zeile aufzuführende Posten, z. B. indirekte Positionen in Instrumenten des eigenen Ergänzungskapitals, indirekte Positionen nicht wesentlicher Beteiligungen am Kapital anderer Unternehmen der Finanzbranche, indirekte Positionen wesentlicher Beteiligungen am Kapital anderer Unternehmen der Finanzbranche usw.)	

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangsfrist		Betrag am Tag der Offenlegung
60	Risikogewichtete Aktiva insgesamt	593.614
Eigenkapitalquoten und -puffer		
61	Harte Kernkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	10,95%
62	Kernkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	10,95%
63	Gesamtkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	10,95%
64	Institutspezifische Anforderung an Kapitalpuffer (Mindestanforderung an die harte Kernkapitalquote nach Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe a, zuzüglich der Anforderungen an Kapitalerhaltungspuffer und antizyklische Kapitalpuffer, Systemrisikopuffer und Puffer für systemrelevante Institute (G-SRI oder A-SRI), ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	
65	davon: Kapitalerhaltungspuffer	
66	davon: antizyklischer Kapitalpuffer	
67	davon: Systemrisikopuffer	
67a	davon: Puffer für global systemrelevante Institute (G-SRI) oder andere systemrelevante Institute (A-SRI)	
68	Verfügbares hartes Kernkapital für die Puffer (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	
69	[in EU-Verordnung nicht relevant]	
70	[in EU-Verordnung nicht relevant]	
71	[in EU-Verordnung nicht relevant]	
Eigenkapitalquoten und -puffer		
72	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Kapitalinstrumenten von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	
73	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	
74	[in EU-Verordnung nicht relevant]	
75	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (unter dem Schwellenwert von 10 %, verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Absatz 3 erfüllt sind)	
Anwendbare Obergrenzen für die Einbeziehung von Wertberichtigungen in das Ergänzungskapital		
76	Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der Standardansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	
77	Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des Standardansatzes	
78	Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der auf internen Beurteilungen basierende Ansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	
79	Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des auf internen Beurteilungen basierenden Ansatzes	
Eigenkapitalinstrumente, für die die Auslaufregelungen gelten (anwendbar nur vom 1. Januar 2013 bis 1. Januar 2022)		
80	Derzeitige Obergrenze für CET1-Instrumente, für die die Auslaufregelungen gelten	
81	Wegen Obergrenze aus CET1 ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	
82	Derzeitige Obergrenze für AT1-Instrumente, für die die Auslaufregelungen gelten	
83	Wegen Obergrenze aus AT1 ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	
84	Derzeitige Obergrenze für T2-Instrumente, für die die Auslaufregelungen gelten	
85	Wegen Obergrenze aus T2 ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	

3 „EIGENMITTELANFORDERUNGEN“ (ARTIKEL 438 CRR)

3.1 DAS VERFAHREN ZUR BEURTEILUNG DER ANGEMESSENHEIT DES INTERNEN KAPITALS

Das aufsichtliche Überprüfungsverfahren (Supervisory Review Process - SRP) setzt sich aus zwei sich gegenseitig ergänzenden Phasen zusammen. Die erste Phase besteht aus dem Verfahren zur Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals (ICAAP), das den Finanzintermediären obliegt. Die zweite Phase, der aufsichtliche Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process - SREP), obliegt der Aufsichtsbehörde, welche – auch durch Überprüfung des ICAAP – ein Gesamturteil über den Intermediär abgibt und gegebenenfalls Korrekturmaßnahmen einleitet.

Gemäß Rundschreiben Nr. 288/2015 der Banca d'Italia (Tit. IV, Kap. 14, Abschn. III) sind die Finanzintermediäre gehalten, im Rahmen einer sowohl auf die Gegenwart als auch auf die Zukunft bezogenen und die Strategie des Unternehmens sowie die Entwicklung der rechtlichen und geschäftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigende Risikobewertung (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP) eigenständig Strategien, Prozesse, Instrumente und Verfahren festzulegen und zu implementieren, um die für jede einzelne Risikoart erforderliche Kapitalunterlegung zu ermitteln, wobei auch Risiken zu beachten sind, die nicht durch die Eigenkapitalanforderungen gedeckt werden („Säule I“).

Der vom Unternehmen festgelegte ICAAP-Prozess gliedert sich unter Berücksichtigung der in den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen enthaltenen Anleitungen (Rundschr. der Banca d'Italia Nr. 288, Tit. IV, Kap. 14, Abschn. III, Abs. 3) in die nachstehend aufgezeigten sechs Phasen:

1. *Identifizierung der Risiken, Vorgehensweise und Maßnahmen*
2. *Bemessung der Kapitalunterlegung*
3. *Bemessung der Gesamtkapitalunterlegung*
4. *Ermittlung der Kapitalanforderung und Beurteilung der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung*
5. *Festlegung und Überwachung der Korrekturmaßnahmen*
6. *Erstellung und Übermittlung des Berichtes*

In sämtliche oben aufgezeigte Phasen wird das Risk Management einbezogen, welches somit während des gesamten Prozesses eine besonders wichtige Rolle innehat.

In der Phase „**Identifizierung der Risiken, Vorgehensweise und Maßnahmen**“ ermittelt das Risk Management in Zusammenarbeit mit den anderen Organisationseinheiten und Stellen des Unternehmens im Rahmen der Selbstbewertung zwecks Erstellung einer Risikomatrix die relevanten Risiken, wobei sowohl die in der nicht umfassenden Aufstellung laut Titel IV, Kapitel 14, Anhang A des Rundschreibens Nr. 288/2015 der Banca d’Italia aufgeführten Risiken als auch weitere mit der Tätigkeit und den Merkmalen des Unternehmens zusammenhängende Risiken berücksichtigt werden.

Aus formeller Sicht besteht das Ergebnis dieser Phase demnach aus der Erstellung der sogenannten „Risikomatrix“ durch das Risk Management. Dieses Dokument ist mit dem Delegierten des Verwaltungsrates abzustimmen.

Mit der Unterstützung des Meldewesens und der Buchhaltung werden in dieser ersten Phase außerdem die mit dem Delegierten des Verwaltungsrates abzustimmenden Kriterien für die Messung sowie für die Durchführung der Stresstests festgelegt. Diese haben sich nach den Kriterien für die Messung und die Meldung der Risiken aus Säule I sowie nach den von den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen betreffend die Risiken aus Säule II vorgesehenen Kriterien für die Messung der einzelnen relevanten Risiken zu richten. Zudem werden die organisatorischen Maßnahmen zur Milderung besagter Risiken ausgemacht und/oder festgelegt und implementiert.

In der Phase „**Bemessung der Kapitalunterlegung**“ bestimmt das Risk Management auf die in der vorhergehenden Phase festgelegte Art und Weise und auf der Grundlage der vom Meldewesen und von der Buchhaltung gesammelten sowie aus dem Budget hervorgehenden Daten und Informationen die auf die Gegenwart sowie – unter Berücksichtigung der Stresstests – auf die Zukunft bezogene Kapitalunterlegung für die einzelnen Risiken, wobei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen ist.

Daraufhin bestimmt das Risk Management in der Phase „**Bemessung der Gesamtkapitalunterlegung**“ anhand eines vereinfachten Building-Block-Ansatzes, welcher darin besteht, dass dem internen Kapital für die Risiken aus Säule I das gegebenenfalls für die anderen relevanten Risiken aus Säule II erforderliche interne Kapital dazugezählt wird, die auf die Gegenwart sowie auf die Zukunft bezogene Gesamtkapitalunterlegung.

In der „**Ermittlung der Kapitalanforderung und Beurteilung der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung**“ genannten Phase ermittelt das Risk Management mit der

Unterstützung des Meldewesens und der Buchhaltung anhand der Informationen aus den aufsichtsrechtlichen Meldungen sowie aus dem Budget die auf die Gegenwart sowie nach dem Stress-Ansatz auf die Zukunft bezogene Höhe der Gesamtkapitalunterlegung; gleichzeitig werden die sowohl auf die Gegenwart als auch auf die Zukunft bezogenen Vermögenswerte zur Kapitalunterlegung bestimmt und die Gesamtkapitalunterlegung mit den Eigenmitteln abgestimmt. Ergeben sich aus der Gegenüberstellung der Gesamtkapitalunterlegung und den Eigenmitteln positive Abweichungen, so erläutert das Risk Management gegebenenfalls die Verwendung von nicht den Eigenmitteln zurechenbaren Vermögenswerten für die Gesamtkapitalunterlegung. Außerdem hat es die mit der (gegebenenfalls erforderlichen) Beschaffung von zum aktuellen Vermögen hinzukommenden Vermögenswerten verbundenen Kosten zu schätzen.

Nachfolgend muss die genannte Stelle die Kapitaladäquanz des Unternehmens mit Bezug auf die Gegenwart und auf die Zukunft nach einem Stress-Ansatz beurteilen, den Überschuss/Fehlbetrag des Gesamtkapitals gegenüber der erforderlichen Gesamtkapitalunterlegung ermitteln und die entsprechenden Kennzahlen (Harte Kernkapitalquote – CET1 Ratio, Kernkapitalquote – Tier 1 Ratio, Gesamtkapitalquote – Total Capital Ratio) bestimmen.

Die nachfolgende Phase „**Festlegung und Überwachung der Korrekturmaßnahmen**“ zielt auf die Ermittlung der Verbesserungsfelder sowie der zu planenden Korrekturmaßnahmen betreffend das Kapital, die organisatorischen Voraussetzungen und der Risikomanagementsysteme ab. Die vom Risk Management aufgezeigten Gegenmaßnahmen im Bereich der Risikomilderungstechniken, der Prozesse und/oder der Organisationsstruktur werden dem Delegierten des Verwaltungsrates unterbreitet und nach entsprechender Planung anhand der erforderlichen Nachbereitungsvorgänge überwacht. Gegebenenfalls erforderliche Budgetanpassungen oder Maßnahmen zur Kapitalaufstockung sind vom Verwaltungsrat des Unternehmens zu beschließen.

Schließlich hält das Risk Management den gesamten Prozess zur Beurteilung der Kapitaladäquanz (ICAAP) anhand der Erstellung des an die Banca d'Italia zu übermittelnden ICAAP-Berichts fest (Phase „**Erstellung und Übermittlung des Berichtes**“).

In dieser Phase erstellt die Interne Revision vor der Genehmigung durch den Verwaltungsrat einen rückblickenden Bericht, welcher dem Aufsichtsrat und dem Verwaltungsrat selbst zur Kenntnis gebracht wird.

3.2 EIGENMITTELANFORDERUNGEN UND ÜBERWACHUNGSKOEFFIZIENTEN

Nachfolgend wird die anhand des Standardansatzes ermittelte Eigenmittelunterlegung für das Kreditrisiko und das Gegenpartierisiko sowie für die operationellen Risiken aufgezeigt.

EIGENMITTELANFORDERUNGEN	Mindestkapital-anforderung 31.12.2019	Mindestkapital-anforderung 31.12.2018
KREDITRISIKO UND GEGENPARTEIRISIKO		
<i>Standardansatz</i>		
Risikopositionen gegenüber Zentralstaaten oder Zentralbanken	573	899
Risikopositionen gegenüber regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften	187	201
Risikopositionen gegenüber öffentlichen Stellen		
Risikopositionen gegenüber multilateralen Entwicklungsbanken		
Risikopositionen gegenüber internationalen Organisationen		
Risikopositionen gegenüber Instituten	936	1.060
Risikopositionen gegenüber Unternehmen	13.123	12.520
Risikopositionen aus dem Mengengeschäft	3.101	3.061
Durch Immobilien besicherte Risikopositionen	10.391	10.806
Ausgefallene Risikopositionen	3.858	4.404
Mit besonders hohen Risiken verbundene Risikopositionen		
Risikopositionen in Form von gedeckten Schuldverschreibungen		
Positionen, die Verbriefungspositionen darstellen		
Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung		
Risikopositionen in Form von Anteilen an Organismen für Gemeinsame Anlagen (OGA)		
Beteiligungspositionen		
Sonstige Posten	1.179	2.983
GESAMTBETRAG DES KREDITRISIKOS UND DES GEGENPARTEIRISIKOS	33.348	35.934
POSITIONSRISIKO		
DIE HÖCHSTGRENZEN ÜBERSCHREITENDE GROSSKREDITE		
BEGLEICHUNGSRISIKO		
MARKTRISIKO		
<i>Standardansatz</i>		
Positionsrisiko		
Fremdwährungsrisiko		
Warenpositionsrisiko		
GESAMTBETRAG DER MARKTRISIKEN		
OPERATIONELLES RISIKO		
<i>Standardansatz</i>	2.269	2.257
<i>Standardansatz</i>		
<i>Fortgeschrittene Messansätze</i>		
GESAMTBETRAG DER OPERATIONELLEN RISIKEN	2.269	2.257
Sonstige Anforderungen		
GESAMTEIGENMITTELANFORDERUNG	35.617	38.191

Die Großkredite, welche die in den Artikeln 395 bis 401 angeführten Grenzen übersteigen, wurden gemäß den gesetzlichen Vorschriften gemeldet und unter „Kreditrisiko und Gegenparteiisiko“ berücksichtigt. Für diese Positionen ist keine besondere Eigenmittelunterlegung erforderlich.

Die Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92, Abs. 3, Buchst. b) und c) für das Positionsrisiko, das Fremdwährungsrisiko, das Abwicklungsrisiko und das Warenpositionsrisiko wurden nicht ermittelt, da diese Risiken nicht vorliegen.

4 „KREDITRISIKOANPASSUNGEN“ (ARTIKEL 442 CRR)

4.1 BESTIMMUNG DER BEGRIFFE „ÜBERFÄLLIG“ UND „LEISTUNGSGESTÖRT“ FÜR RECHNUNGSLEGUNGSZWECKE

Mit Wirksamkeit ab 1. Januar 2015 hat die Banca d'Italia die Klassifizierung der leistungsgestörten aktiven Vermögenswerte überarbeitet, um sie den neuen Definitionen der Non-performing- und Forbearance-Positionen gemäß Durchführungsverordnung (EU) Nr. 680/2014 der Kommission in geltender Fassung („Final Draft Implementing Technical Standards on Supervisory reporting on forbearance e non-performing exposures“) anzupassen.

Die neuen Bestimmungen sehen jetzt eine Unterteilung der leistungsgestörten aktiven Finanzinstrumente in drei Kategorien vor:

- notleidende Forderungen
- Kreditpositionen mit wahrscheinlichem Zahlungsausfall
- überfällige und/oder leistungsgestörte Forderungen

So wurden die Kategorien „incagliate“ und „ristrutturate“ abgeschafft, und die entsprechenden Forderungen wurden in die neue Kategorie „Kreditpositionen mit wahrscheinlichem Zahlungsausfall“ (Unlikely to pay) zusammengefasst.

Die Einteilung in die oben dargelegten Kategorien erfolgt gemäß den im Rundschreiben Nr. 272 der Banca d'Italia festgelegten Regeln, und zwar wie folgt:

- Notleidende Forderungen: Gesamtheit der Bar- und Avalkredite an Kreditnehmer mit – wenn auch nicht gerichtlich festgestellter – Zahlungsunfähigkeit oder einem der

Zahlungsunfähigkeit gleichzusetzenden Zustand. Ausgenommen sind Risikopositionen, bei denen die Unregelmäßigkeit auf das Länderrisiko zurückzuführen ist.

- Kreditpositionen mit wahrscheinlichem Zahlungsausfall (Unlikely to pay): Es handelt sich um Bar- und Avalkredite, welche nicht die Bedingungen für die Zuordnung der Position des Schuldners zu den notleidenden Forderungen erfüllen, wobei allerdings davon auszugehen ist, dass der Schuldner ohne Maßnahmen wie beispielsweise die Verwertung von Sicherheiten nicht in der Lage sein wird, seinen Kreditverpflichtungen zur Gänze (Kapital- und Zinsdienst) nachzukommen. Diese Beurteilung erfolgt unabhängig davon, ob etwaige überfällige Beträge (oder Raten) offen sind.
- Die Zuordnung zu den Kreditpositionen mit wahrscheinlichem Zahlungsausfall hängt nicht unbedingt mit dem Vorliegen von Unregelmäßigkeiten (ausgebliebene Tilgungszahlungen) zusammen, sondern vielmehr mit Anzeichen, die auf eine Risikosituation – verstanden als Nichterfüllungsrisiko – hindeuten.
- Überfällige und/oder leistungsgestörte Forderungen: Es handelt sich um Barforderungen, die nicht unter die notleidenden Forderungen oder die Kreditpositionen mit wahrscheinlichem Zahlungsausfall einzustufen sind und zum Bezugsdatum überfällig sind oder eine Überziehung aufweisen. Die überfälligen und/oder leistungsgestörten Forderungen können entweder mit Bezug auf den jeweiligen Schuldner oder mit Bezug auf den jeweiligen Geschäftsfall bestimmt werden.

Gestundete und nachverhandelte Kredite – performing und non-performing

Als Forderungen, die „Gegenstand von Zugeständnissen“ (also von „Forbearance measures“) sind, werden einzelne Positionen eingestuft, für welche das Unternehmen angesichts der Verschlechterung der wirtschaftlichen und finanziellen Situation des Schuldners (finanzielle Schwierigkeiten) Änderungen der ursprünglichen vertraglichen Bedingungen oder einer zur Gänze und/oder zum Teil neuen Finanzierung zustimmt, denen es nicht eingewilligt hätte, wenn sich der Schuldner nicht in der besagten Situation befunden hätte. Diese Risikopositionen bilden keine eigenständige Klasse. Vielmehr werden die Merkmale, welche die verschiedenen Kategorien von aktiven Vermögenswerten betreffen, mit Bezug auf die einzelnen Positionen, die Gegenstand von Zugeständnissen sind, festgehalten.

Zu den nicht leistungsgestörten Forderungen gehören somit die Forderungen, die Gegenstand von Zugeständnissen sind (Performing forborne exposures), mit Bezug auf welche also

„Forbearance measures“ vorliegen. Zwecks Ausgliederung aus der Kategorie der gestundeten Forderungen (Forborne exposures) ist ein mindestens 2-jähriger Beobachtungszeitraum ab Gewährung der Zugeständnisse (sog. Probation period) vorgesehen. Innerhalb der Gruppe der leistungsgestörten Forderungen stellen die leistungsgestörten gestundeten und nachverhandelten Kredite eine übergreifende Kategorie dar, welche notleidende Forderungen, wahrscheinliche Ausfälle und überfällige und/oder leistungsgestörte Forderungen umfassen kann.

4.2 FÜR DIE ERMITTLUNG DER SPEZIFISCHEN UND ALLGEMEINEN KREDITRISIKOANPASSUNGEN ANGEWANDTER ANSATZ

Der erstmalige Ansatz einer Forderung erfolgt zum Zeitpunkt der Auszahlung auf der Grundlage des beizulegenden Zeitwertes des Finanzinstruments in Höhe des ausbezahlten Betrages, zuzüglich der von Anfang an quantifizierbaren und direkt den einzelnen Forderungen zuschreibbaren Aufwendungen/Erträgen, selbst wenn diese erst zu einem späteren Zeitpunkt ausbezahlt werden. Davon ausgenommen sind Aufwendungen, die zwar die vorstehenden Merkmale aufweisen, jedoch von der Gegenpartei erstattet werden oder den üblichen Verwaltungsaufwendungen zuzurechnen sind.

Für jene Kreditgeschäfte, die gegebenenfalls nicht zu Marktbedingungen abgeschlossen werden, wird der beizulegende Zeitwert anhand einer Schätzung auf der Grundlage eigener Bewertungstechniken ermittelt; die Differenz gegenüber dem ausbezahlten Betrag oder dem Zeichnungspreis wird ergebniswirksam verbucht.

Zum Zeitpunkt der Auszahlung oder des Erwerbs werden die Forderungen zum beizulegenden Zeitwert (welcher dem ausbezahlten Betrag oder dem Kaufpreis entspricht) erfasst, wobei sie im Falle von Forderungen mit längerer Laufzeit (ab achtzehn Monaten) etwaige im Voraus entrichtete Transaktionskosten und –erlöse umfassen, welche jeweils den einzelnen Forderungen zugewiesen werden können.

Nach dem erstmaligen Ansatz werden die Forderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten erfasst. Dieser Wert ergibt sich aus dem Wert des erstmaligen Ansatzes, vermindert/erhöht um die Kapitalrückzahlungen, den Wertberichtigungen/Wertaufholungen und der anhand der

Effektivzinismethode ermittelten Abschreibung und der Differenz zwischen dem ausbezahlten und dem bei Fälligkeit rückzahlbaren Betrag.

Der effektive Zinssatz entspricht jenem Zinssatz, bei welchem der Barwert der zukünftigen Geldflüsse aus dem Kredit für Kapital und Zinsen dem ausbezahlten Betrag inklusive der direkt zurechenbaren Aufwendungen/Erträge entspricht. Dieser auf finanztechnischen Überlegungen basierte Ansatz gestattet es, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Aufwendungen/Erträge auf die Restdauer der Forderungen aufzuteilen.

Bei kurzfristigen Forderungen, bei denen die Ermittlung des Barwertes keine Bedeutung hat, kommt der Ansatz zu fortgeführten Anschaffungskosten nicht zur Anwendung; deshalb werden dieselben zu historischen Anschaffungskosten angesetzt. Derselbe Wertansatz gilt auch für Kredite mit unbestimmter Laufzeit.

Aufsichtsrechtliche Bestimmungen für den neuen Rechnungslegungsstandard für Finanzinstrumente

Der neue Rechnungslegungsstandard IFRS 9, der vom IASB im Juli 2014 veröffentlicht und von der Europäischen Kommission durch die Verordnung Nr. 2067/2016 genehmigt wurde, ersetzt seit dem 1. Januar 2018 IAS 39 in den Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten und gliedert sich in drei verschiedene Bereiche, die Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten, Wertminderung und Hedge Accounting.

Hinsichtlich der Klassifizierung verlangt IFRS 9, dass sich die Klassifizierung zum einen an den Merkmalen der zugehörigen vertraglichen Cashflows und zum anderen an dem Geschäftsmodell orientiert, für das diese Vermögenswerte gehalten werden.

Finanzielle Vermögenswerte nach IFRS 9 können - entsprechend den beiden oben genannten Treibern - in drei Kategorien eingeteilt werden:

- Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte
- Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte mit Auswirkungen auf das Gesamtergebnis
- Finanzielle Vermögenswerte, die zum fair value bewertet werden mit Auswirkung auf die Gewinn und Verlustrechnung.

Finanzielle Vermögenswerte dürfen in den ersten beiden Kategorien erfasst und nur dann zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zum beizulegenden Zeitwert mit Erfassung im Eigenkapital bewertet werden, wenn nachgewiesen wird, dass sie zu Cashflows führen, die ausschließlich aus Tilgungs- und Zinszahlungen bestehen (die so genannte "solely payment of principal and interest" - "SPPI-Test").

Im Hinblick auf Wertminderungen wurde für Instrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten und zum beizulegenden Zeitwert mit Erfassung im Eigenkapital bewertet werden (mit Ausnahme von Eigenkapitalinstrumenten), ein Modell eingeführt, das auf dem Konzept des "erwarteten Verlustes" anstelle des bisherigen "eingetretenen Verlustes" basiert, um die relative Wertminderung schneller zu erkennen.

IFRS 9 verlangt, dass Unternehmen erwartete Verluste erst in den folgenden 12 Monaten (Stufe 1) ab dem erstmaligen Ansatz des Finanzinstruments erfassen. Der Zeithorizont für die Berechnung des erwarteten Verlusts hingegen wird zur gesamten Restlaufzeit des zu bewertenden Vermögenswertes, wenn sich die Kreditqualität des Finanzinstruments gegenüber der Erstbewertung deutlich verschlechtert hat (Stufe 2) oder wenn es "beeinträchtigt" ist (Stufe 3).

Die Einführung der neuen Impairmentregeln beinhalten:

- die Zuordnung von finanziellen Vermögenswerten zu verschiedenen Phasen des Kreditrisikos ("Staging"), denen Wertberichtigungen auf der Grundlage erwarteter Verluste in den folgenden 12 Monaten (sog. "Stufe 1") oder "Lifetime" für die gesamte Restlaufzeit des Instruments (sog. "Stufe 2") entsprechen, auf der Grundlage der signifikanten Erhöhung des Kreditrisikos ("SICR"), die durch einen Vergleich der Ausfallwahrscheinlichkeit zum Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung und zum Bilanzstichtag oder durch Anomalien, die von der sogenannten "Stufe 1" abgefangen wurden, oder durch die "Stufe 2" auf der Grundlage von Frühwarnungen oder eine Überfälligkeit von mehr als 30 Tagen

- die Zuordnung von wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten zur so genannten "Dritten Stufe" - "Stufe 3, mit analytischen Wertberichtigungen oder "pauschalen" Prozentsätzen auf der Grundlage der historisch beobachteten Verlustsätze für die verschiedenen Phasen, in denen sich der Fall befindet.

Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten: Leasing

Wie im vorherigen Paragraphen dargestellt, verlangt IFRS 9, dass die Klassifizierung und damit die Bewertung von finanziellen Vermögenswerten (Art. 4.1.1.) auf der Grundlage der beiden folgenden Unterscheidungsmerkmale identifiziert wird:

I. ein objektives Merkmal: die vertraglichen Elemente der Tätigkeit. Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente mit Kreditsigenschaften, d.h. zur Generierung von Cashflows aus der Zahlung von Zinsen und Kapital;

II. ein subjektives Merkmal: das Geschäftsmodell, das zur Steuerung der finanziellen Tätigkeit verwendet wird. Das Darlehen stammt aus einem Subjekt dessen Geschäftsmodell Vorteile im Zusammenhang mit periodischen Zahlungsströmen (Zinsen und Kapital) und nicht mit dem Kauf und Verkauf derselben bietet.

Auf der Grundlage dieser Grundsätze werden Darlehen, die in Form von Leasingverträgen gewährt werden und ab dem 01.01.2019 gemäß IFRS 16 Rechnungslegungsstandards klassifiziert sind, als "zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte" identifiziert, da sie nicht gekauft oder verkauft werden und periodische Cashflows generieren.

Die Hypo Vorarlberg Leasing AG. fällt daher unter das Geschäftsmodell "held-to-collect" (IFRS9 B4.1.2C), da sie im Rahmen ihrer Finanztätigkeit Leasingverträge bis zur Fälligkeit hält, um die im Vertrag vorgesehenen Cashflows (Kapital und Zinsen) zu vereinnahmen.

Der Wert dieser finanziellen Vermögenswerte wird periodisch angepasst, um den im Folgenden beschriebenen Minderungen/Auflösungen aus dem Bewertungsprozess Rechnung zu tragen.

Wertminderungen („Impairment“)

Mit dem neuen Rechnungslegungsstandard IFRS9 wurden auch im Bereich der Wertminderung eine Reihe von Neuerungen eingeführt:

-die Notwendigkeit, Forderungen, bei denen das Kreditrisiko deutlich gestiegen ist, in eine neue Klasse (Stufe 2) einzuordnen;

-die Verpflichtung zur Bewertung von Forderungen der Stufe 2, indem der erwartete Verlust über die gesamte Restlaufzeit des Vertrages (lifetime expected credit loss) erfasst wird und nicht mehr der eingetretene Verlust wie im vorherigen IAS 39;

-die Verpflichtung, Forderungen der Stufe 1 mit einer Ausfallwahrscheinlichkeit von 12 Monaten (Probability of Default, PD) und einem erwarteten Verlust über den gleichen Zeitraum (erwarteter Kreditverlust von 12 Monaten) zu bewerten.

IFRS 9 verlangt, dass das Finanzinstrument bei der Entstehung in die Stufe 1 (Performing) eingestuft wird, dass jedoch an jedem Stichtag des Abschlusses (Quartal) zu beurteilen ist, ob sich das Kreditrisiko nach der erstmaligen Erfassung signifikant erhöht hat.

In Anbetracht dessen sind die Positionen in Stufe 1, Stufe 2 oder Stufe 3 entsprechend ihrer absoluten oder relativen Bonität in Bezug auf die anfängliche Auszahlung zu klassifizieren. Insbesondere:

-Stufe 1: umfasst neu geschaffene oder erworbene Kreditrisiken, d.h. Risiken, die seit dem Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung keine wesentliche Verschlechterung des Kreditrisikos erfahren haben;

-Stufe 2: umfasst Kreditengagements, die zwar nicht wertgemindert sind, aber seit dem Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung eine signifikante Verschlechterung des Kreditrisikos erlitten haben;

-Stufe 3: beinhaltet wertgeminderte Kreditengagements (defaults).

Bei Engagements der Stufe 1 entspricht die Summe der Wertberichtigungen dem erwarteten Verlust über einen Zeithorizont von bis zu einem Jahr.

Für Forderungen der Stufe 2 entsprechen die Gesamtwertberichtigungen dem erwarteten Verlust, der über einen Zeithorizont berechnet wird, der der gesamten Restdauer der betreffenden Forderung entspricht.

Erwartete Verluste werden im Allgemeinen nach der folgenden Formel berechnet:

Aushaftung (EAD) x Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) x Verlust bei Default (LGD)

Die LGD wird auf Basis der Verluste der ausgefallenen Positionen des eigenen Portfolios unter Berücksichtigung aller mit dem Effektivzinssatz abgezinsten Ertrags- und Kostenkomponenten (Durchschnitt der unterjährig ausfallenden Verträge) berechnet.

Die PD wird auf der Grundlage der Historie der Ausfälle des Unternehmens geschätzt. Das Portfolio kann als groß genug für statistisch stabile Aussagen angesehen werden, wenn eine ausreichende Anzahl von Ausfällen beobachtet wurde, um die Ausfallraten zu schätzen.

Zuordnung zu den Stages

Ein Finanzinstrument wird Stage 1 zugeordnet, außer die Kreditqualität hat sich seit Ersterfassung signifikant verschlechtert oder es liegt ein Ausfallsgrund vor.

Eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos wird über quantitative und qualitative Faktoren festgestellt.

Die quantitative Erhöhung des Kreditrisikos wird durch den Vergleich der Forward-Lifetime-PD des Ursprungsratings mit der Lifetime-PD des aktuellen Ratings für die Restlaufzeit eines Finanzinstruments festgestellt. Wenn der Quotient aus den beiden Werten einen bestimmten Wert übersteigt, wird das Finanzinstrument der Stage 2 zugeordnet. Dieser bestimmte Wert wird so festgelegt, dass im Durchschnitt eine Verschlechterung des Ratings seit Ersterfassung um mehr als 2 Notches vorliegen muss.

Die Gesellschaft verwendet folgende qualitative Indikatoren, um eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos festzustellen:

- Kein Ursprungsrating vorhanden
- Kein aktuelles Rating vorhanden
- Verzugstage größer / gleich 30 Tage
- Forbearance Maßnahme aktiv

Die Zuordnung eines Finanzinstruments zur Stage 3 erfolgt für alle Forderungen mit einem Ausfallrating gemäß der Ausfalldefinition des Art. 178 CRR. Der Konzern hat sich entschieden, die aufsichtsrechtliche Ausfalldefinition für das IFRS-Wertberichtigungsmodell zu übernehmen.

Der Konzern bestimmt anhand der folgenden Verfahren und Indikatoren, ob ein finanzieller Vermögenswert ausgefallen ist:

-90 Tage Verzug (und/oder Rating 5A-Rating);

-wirtschaftliche Verschlechterung (z.B. Eröffnung eines Ausgleiches oder eines Konkursverfahrens): monatliche Bonitätsprüfung im Rahmen der Überwachung von Problemkrediten durch den Kreditbereich;

-unlikely to pay Positionen - unzureichend erwartete Cashflows;

4.3 GESAMTBETRAG DER RISIKOPOSITIONEN NACH RECHNUNGSLEGUNGS-AUFRECHNUNGEN UND OHNE BERÜCKSICHTIGUNG DER WIRKUNG DER KREDITRISIKOMINDERUNG

In der unten wiedergegebenen Tabelle ist der Gesamtbetrag der Forderungen – aufgeschlüsselt nach Kreditqualität – dargestellt.

Unterteilung der Kreditforderungen nach Zugehörigkeitsportfolio und Kreditqualität (Bilanzansatz)

Bestand/Qualität		Notleidende Forderungen	Unlikely to pay	Überfällige leistungsgestörte Forderungen	Überfällige nicht leistungsgestörte Forderungen	Nicht leistungsgestörte Forderungen	Summe
1.	Zur Veräußerung verfügbare Finanzanlagen						
2.	Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzanlagen						
3.	Forderungen gegen Banken					1.235	1.235
4.	Forderungen gegen Kunden	22.843	33.687	1.875	23.738	749.240	831.383
5.	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzanlagen						
6.	Finanzanlagen zur Veräußerung						
Summe 31/12/2019		22.843	33.687	1.875	23.738	750.475	832.618
Summe 31/12/2018		32.745	28.300	1.863	19.031	752.071	834.010

4.4 GEOGRAFISCHE VERTEILUNG DER FORDERUNGEN

In der nachstehenden Tabelle sind die Kreditforderungen nach Region der Gegenpartei angeführt, wobei ersichtlich ist, dass das Unternehmen – abgesehen von einigen wenigen als unbedeutend erachteten Ausnahmen – fast ausschließlich in Norditalien tätig ist.

Verteilung der Barforderungen und der außerbilanzmäßigen Forderungen nach geographischer Verteilung der Geschäftspartner

Geografischer Bereich (Region)	
Kalabrien	0
Kampanien	284
Emilia Romagna	2.472
Friaul - Julisch Venetien	6.216
Latium	6.448
Ligurien	1.159
Lombardei	231.163
Marken	371
Piemont	8.548
Apulien	0
Sizilien	0
Toskana	3.458
Trentino - Südtirol	438.535
Venetien	151.246
Sonstige	139
Summe	850.039

Es folgen die Tabellen zu den Brutto- und Nettorisikopositionen gegenüber Kunden sowie gegenüber Banken und Finanzinstituten – mit Angabe der Höhe der leistungsgestörten und überfälligen Risikopositionen sowie der spezifischen und allgemeinen Kreditrisikoanpassungen.

Barforderungen und außerbilanzmäßige Forderungen gegen Kunden: Brutto- und Nettoansatz

Art von Aushaftungen/Werte	Bruttoaushaftung		Wertberichtigungen	Nettoaushaftung	Write-off *
	leistungs-gestörte Forderungen	nicht leistungs-gestörte Forderungen			
A. Barkreditrisiken					
a) notleidende Forderungen	39.233		(16.405)	22.828	
- davon: forbearance	2.903		(718)	2.185	
b) Unlikely to pay	39.209		(5.521)	33.688	
- davon: forbearance	18.778		(2.295)	16.483	
c) leistungs-gestörte Forderungen	2.074		(198)	1.876	
- davon: forbearance					
d) Nicht leistungs-gestörte Forderungen		24.481	(743)	23.738	
- davon: forbearance		346	(22)	324	
e) andere nicht leistungs-gestörte Forderungen		735.478	(5.191)	730.287	
- davon: forbearance		6.571	(301)	6.270	
SUMME A	80.516	759.959	(28.058)	812.417	
B. Off-balance Kreditforderungen					
a) leistungsgestörte					
b) nicht leistungsgestörte		30.555	(129)	30.426	
SUMME B		30.555	(129)	30.426	
SUMMEE A+B	80.516	790.514	(28.187)	842.843	

Barforderungen und außerbilanzmäßige Forderungen gegen Banken und Finanzinstitute: Brutto- und Nettoansatz

Art von Aushaftungen/Werte	Bruttoaushaftung		Wertberichtigungen	Nettoaushaftung	Write-off *
	leistungs-gestörte Forderungen	nicht leistungs-gestörte Forderungen			
A. Barkreditrisiken					
a) notleidende Forderungen	15			15	
- davon: forbearance					
b) Unlikely to pay					
- davon: forbearance					
c) leistungs-gestörte Forderungen					
- davon: forbearance					
d) Nicht leistungs-gestörte Forderungen					
- davon: forbearance					
e) andere nicht leistungs-gestörte Forderungen		18.979	(28)	18.951	
- davon: forbearance					
SUMME A	15	18.979	(28)	18.966	
B. Off-balance Kreditforderungen					
a) leistungsgestörte					
b) nicht leistungsgestörte		425	(2)	423	
TOTALE B		425	(2)	423	
TOTALE A+B	15	19.404	(30)	19.389	

4.5 VERTEILUNG DER RISIKOPOSITIONEN AUF WIRTSCHAFTSZWEIGE ODER ARTEN VON GEGENPARTEIEN

Die Verteilung der Risikopositionen auf Wirtschaftszweige oder Arten von Gegenparteien mit Bezug auf die Kreditforderungen zum 31. Dezember 2019 wird anhand der nachstehenden Tabelle aufgezeigt.

Verteilung der Barforderungen und der außerbilanzmäßigen Forderungen nach Tätigkeitsbranche der Geschäftspartner

Tätigkeitsbranche	
Sonstige Dienstleistungen	150.179
Industrie	160.365
Finanzdienstleistungen	875
Handel	110.673
Immobilienvermietung	242.942
Bauwirtschaft	42.673
Tourismus	53.346
Transport	57.037
Sonstige	31.949
Summe	850.039

4.6 GESAMTHEIT DER RISIKOPOSITIONEN

In der folgenden Tabelle sind alle Kreditforderungen nach Restlaufzeiten (Datum der Wertneufestsetzung) aufgeschlüsselt.

Verteilung nach Restlaufzeit (Datum der Wertneufestsetzung) der Forderungen

Posten/Restlaufzeit	täglich fällig	bis zu 3 Monaten	von über 3 Monaten bis zu 6 Monaten	von über 3 Monaten bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 5 Jahren	von über 5 Jahren bis zu 10 Jahren	über 10 Jahren	Unbestimmte Laufzeit
1. Aktiva								
1.1 Schuldpapiere								
1.2 Forderungen	14.012	91.544	626.126	74.911	10.147	12.361	2.281	
1.3 Sonstige aktive Vermögenswerte								
2. Passiva								
2.1 Verbindlichkeiten	523.969	193.195	1.344	1.408	30.786	27.917	433	
2.2 Schuldpapiere								
2.3 Sonstige passive Vermögenswerte								
3. Derivative Finanzinstrumente								
Optionen								
3.1 Long-Positionen								
3.2 Short-Positionen								
Sonstige Derivate								
3.3 Long-Positionen								
3.4 Short-Positionen								

4.7 LEISTUNGSGESTÖRTE FORDERUNGEN

Nachstehend wird die Entwicklung der Aushaftungen der leistungsgestörten Forderungen und deren Wertberichtigungen dargestellt. Im Besonderen werden mit Bezug auf die leistungsgestörten Forderungen und für die Forbearances in der ersten Tabelle die anfängliche Aushaftung, die Zunahme oder Reduzierung und die Endaushaftung, sowie in der zweiten Tabelle die Wertberichtigungen und deren Veränderungen und Endstand dargestellt.

Kreditforderungen an Kunden: Entwicklung der leistungsgestörten Forderungen

Kategorien	Notleidende Forderungen	Unlikely to pay	leistungs-gestörte Forderungen
A. Anfängliche Bruttoaushaftung	49.319	31.463	1.947
- davon: abgetretene und nicht abgeschriebene Aushaftungen		354	21
B. Zunahmen			
B.1 Zunahme aus nicht leistungs-gestörte Forderungen	733	17.486	1.652
B.2 Zunahme aus POCI-Finanzinstrumenten			
B.3 Umbuchungen aus anderen leistungsgestörten Forderungen	3.984	905	
B.4 Vertragliche Änderungen ohne Ausbuchungen		128	
B.5 andere Zunahmen	678	116	1
C. Verringerungen			
C.1 Verringerungen zu nicht leistungsgestörten Forderungen	(1.201)	(1.259)	(215)
C.2 write-off			
C.3 Inkassi	(13)	(589)	
C.4 Inkassi wegen Abtretungen			
C.5 Verluste wegen Abtretungen			
C.6 Umbuchungen zu anderen leistungsgestörten Forderungen		(3.762)	(1.127)
C.7 Vertragsänderungen ohne Ausbuchungen	(46)	(114)	
C.8 andere Verringerungen	(14.220)	(5.165)	(184)
D. Endbruttoaushaftung	39.234	39.209	2.074
- davon: abgetretene und nicht ausgebuchte Forderungen		3.081	709

Leistungsgestörte Kreditforderungen an Kunden: Entwicklung der Wertberichtigungen:

Kategorien	Notleidende Forderungen		Unlikely to pay		leistungs-gestörte Forderungen	
	Summe	davon: Aushafungen mit Forbearance- Massnahme	Summe	davon: Aushafungen mit Forbearance- Massnahme	Summe	davon: Aushafungen mit Forbearance- Massnahme
A. Anfangsstand Wertberichtigungen	17.868	536	4.029	960	84	
- davon: abgetretene und nicht abgeschriebene Aushaftungen			50		7	
B. Zunahmen						
B.1 Wertberichtigungen aus POCI-Finanzinstrumenten						
B.2 anderen Wertberichtigungen	2.948	279	4.090	1.345	196	
B.3 Verluste aus Abtretungen						
B.4 Umbuchungen aus anderen leistungsgestörten Forderungen	509	474	12	12		
B.5 Vertragsänderungen ohne Ausbuchungen			796	796		
B.6 andere Zunahmen	168					
C. Verringerungen						
C.1. Auflösungen	(828)	(24)	(1.677)	(368)	(69)	
C.2 Auflösungen aus Inkassi	(13)		(589)			
C.3 Gewinne aus Veräußerungen						
C.4 write-off						
C.5 Umbuchungen zu anderen leistungsgestörten Forderungen			(428)	(328)	(12)	
C.6 Vertragsänderungen ohne Ausbuchungen	(43)	(43)	(40)	(40)		
C.7 andere Verringerungen	(4.204)	(504)	(671)	(82)		
D. Endstand Wertberichtigungen	16.405	718	5.522	2.295	199	
- davon: abgetretene und nicht abgeschriebene Aushaftungen			136	10	85	

5 „INANSPRUCHNAHME VON ECAI“ (ARTIKEL 444 CRR)

5.1 ECAI UND BENANNT EEXPORTVERSICHERUNGSAGENTUREN

Hinsichtlich der für die Ermittlung der risikogewichteten Forderungen nach dem Standardansatz beauftragten externen Ratingagenturen oder „ECAI“ wendet das Unternehmen die Ratings von Standard & Poor's, Fitch und Moody's lediglich für die Portfolios „Risikopositionen gegenüber Zentralstaaten oder Zentralbanken“ und „Risikopositionen gegenüber Unternehmen und sonstigen Schuldner“ an.

5.2 AUSDEHNUNG DER AUF EMITTENTEN ODER EMISSIONEN BEZOGENEN BONITÄTBEWERTUNGEN AUF NICHT IM HANDELSBUCH GEFÜHRTE VERMÖGENSWERTE

Mit Rücksicht auf die EU-Verordnung Nr. 575/2013 (CRR) wurden die in der Folge zusammengefassten Kriterien für die Verwendung der Emissions- und Emittentenratings zur Bewertung der Forderungsrisiken sowie der Wirkung der Sicherheiten eingesetzt.

Um die den Forderungen zuzuteilende Risikogewichtung zu beurteilen, wurde die Regel angewandt, nach welcher in erster Linie das Emissionsrating zum Einsatz kommt und erst an zweiter Stelle – sofern die Voraussetzungen laut EU-Verordnung Nr. 575/2013 (CRR) nicht gegeben sind – das Emittentenrating.

Hinsichtlich der Zuordnung des externen Ratings der einzelnen ECAI oder ECA zu den verschiedenen Bonitätsklassen ist darauf hinzuweisen, dass das von der Banca d'Italia vorgegebene Verfahren zur Erstellung der Risikomatrix zum Einsatz gekommen ist.

5.3 RISIKOPOSITIONEN NACH BONITÄTSSTUFEN UND NACH AUFSICHTSRECHTLICHEN FORDERUNGSKLASSEN

Nachstehend werden die mit jeder nach dem Standardansatz ermittelten Bonitätsklasse verbundenen Forderungswerte – mit und ohne Berücksichtigung der Kreditrisikominderung – angeführt.

Risikopositionen „mit“ Kreditrisikominderung - Standardansatz

Portfolio	Gewichtungssatz	Gesamtbetrag der Risikopositionen
	0%	
Zentralstaaten und Zentralbanken	12.415	12.415

Risikopositionen „ohne“ Kreditrisikominderung - Standardansatz

Portfolio	Gewichtungssatz							Gesamtbetrag der Risikopositionen
	0%	20%	50%	75%	100%	150%	250%	
Zentralstaaten und Zentralbanken					2.997		2.620	5.617
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften		15.587						15.587
Der Aufsicht unterliegende Intermediäre		30.890			9.414			40.304
Unternehmen und sonstige Gegenparteien					239.615			239.615
Risikopositionen aus dem Mengengeschäft				92.431				92.431
Durch Immobilien besicherte Risikopositionen			402.275					402.275
Ausgefallene Risikopositionen					50.858	8.965		59.823
Sonstige Posten					19.651			19.651
Summe		46.477	402.275	92.431	322.535	8.965	2.620	875.303

6 „ZINSÄNDERUNGSRISIKO AUS NICHT IM HANDELSBUCH ENTHALTENEN POSITIONEN“ (ARTIKEL 448 CRR)

6.1 DIE EIGENART DES ZINSÄNDERUNGSRISIKOS UND DIE WICHTIGSTEN ANNAHMEN

Das Zinsänderungsrisiko hängt mit der unterschiedlichen Sensibilität der gehaltenen aktiven und passiven Vermögenswerte gegenüber Änderungen der Zinssätze zusammen.

Das besagte Risiko ergibt sich aus:

- der unterschiedlichen Fälligkeitsstruktur von aktiven und passiven Vermögenswerte, falls diese bis zur Endfälligkeit mit einem festen Zinssatz verzinst werden;

- der nicht gleichzeitigen Anpassung der Zinskonditionen, falls es sich um variabel verzinsten aktive und passive Vermögenswerte handelt.

Aufgrund der zeitlichen Verschiebungen der oben genannten Fälligkeiten ist das Unternehmen folgenden Risiken ausgesetzt:

- Refinanzierungsrisiko: Risiko, das vorliegt, wenn die durchschnittliche Restlaufzeit (Zeitraum bis zur Neufestlegung des Zinssatzes) der passiven Vermögenswerte kürzer ist als jene der aktiven Vermögenswerte, wobei der Intermediär in diesem Fall etwaigen Zinssatzerhöhungen ausgesetzt ist;
- Reinvestitionsrisiko: Risiko, das vorliegt, wenn die durchschnittliche Restlaufzeit (Zeitraum bis zur Neufestlegung des Zinssatzes) der aktiven Vermögenswerte kürzer ist als jene der passiven Vermögenswerte. Dies bewirkt für den Intermediär bei sinkenden Zinssätzen eine Verschlechterung des Zinsüberschusses.

6.2 SCHWANKUNGEN BEI GEWINNEN UND WIRTSCHAFTLICHEM WERT IM FALLE VON SCHOCKS

Zwecks Messung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch wendet das Unternehmen gemäß einer auf die Bewertung der Kapitalunterlegung ausgerichteten Logik die von der Banca d'Italia (Rundschreiben der Banca d'Italia Nr. 288, Titel IV, Kapitel 14, Anhang C sowie CRR, Art. 448) vorgeschlagene vereinfachte Methode an.

Diese Vorgehensweise sieht folgende Schritte vor:

- Ermittlung der relevanten Währungen;
- Unterteilung der aktiven und passiven Vermögenswerte nach Laufzeitbändern gemäß den von der Regulierungsbehörde vorgegebenen Kriterien;
- Ermittlung der Nettorisikoposition in den einzelnen Laufzeitbändern;
- Berechnung des Gewichtungssatzes als Produkt aus der modifizierten Duration eines jeden Laufzeitbandes und der entsprechenden Zinssatzänderung des jeweiligen Knotens des Laufzeitbandes. Um die Änderungen der einzelnen Knoten und damit der gesamten Kurve zu ermitteln, wurde die von der Regulierungsbehörde empfohlene Methode angewandt. Diese sieht die Anfertigung zweier Kurven anhand der jährlichen Zinssatzänderungen in einem 6-jährigen Beobachtungszeitraum vor, wobei unter der Voraussetzung, dass die Zinskurve nicht negativ sein kann, jeweils entweder das 1.

Perzentil (Zinssatzsenkung) oder das 99. Perzentil (Zinssatzerhöhung) berücksichtigt wird.

- Multiplikation der Nettoforderungen mit dem Gewichtungssatz;
- Zusammenführung der gewichteten Nettoforderungen der einzelnen Laufzeitbänder;
- Ermittlung des aus dem Verhältnis zwischen dem Gesamtbetrag der gewichteten Nettoforderungen und den Eigenmitteln hervorgehenden Risikoindicators, für welchen die Warnschwelle bei 20 % liegt.

Angesichts der Struktur der Maturity Ladder der Hypo Vorarlberg Leasing würde ein Zinssenkungsszenario gemäß 1. Perzentil der jährlichen Zinssatzänderungen eine positive Veränderung des Wertes um 691.942 Euro bedeuten und damit einen Risikoindex (prozentmäßige Auswirkung auf die Eigenmittel) von 1,06 % ausdrücken. In einem Zinserhöhungsszenario würde hingegen die positive Veränderung des Wertes 636.330 Euro betragen, was einem Risikoindex von 0,98 % entspricht.

Gemäß Rundschreiben Nr. 288, Kap. 14, Anhang C wendet das Unternehmen im Hinblick auf die Stresstests für das Zinsänderungsrisiko die von der Regulierungsbehörde empfohlene Methode an, welche für die Nettorisikopositionen eines jeden Laufzeitbandes einen Zinsschock von 200 Basispunkten (parallel über die gesamte Fälligkeitsstruktur) vorsieht.

Dieses Stress-Szenario ist lediglich für Compliance-Zwecke geeignet, während die Bedeutsamkeit im Hinblick auf das Endergebnis gering ist, zumal es sich – gerade in der aktuell besonderen konjunkturellen Situation (Negativzinsen) – um ein sehr widriges, gleichzeitig aber sehr wenig plausibles Szenario handelt.

7 „RISIKO AUS VERBRIEFUNGSPOSITIONEN“ (ARTIKEL 449 CRR)

7.1 ZIELE DER VERBRIEFUNGSAKTIVITÄTEN

Im Dezember 2015 hat die Hypo Vorarlberg Leasing AG zwecks Diversifizierung der Finanzierungsquellen eine Selbstverbriefung über 496 Millionen Euro vorgenommen, wobei performing Forderungen aus Maschinen- und Immobilienleasingverträgen (pro soluto) an die eigens gegründete Zweckgesellschaft HVL Bozen GmbH (nachfolgend das „SPV“) abgetreten wurden. Im Juni 2018 wurde die Verbriefung durch Übertragung weiterer performing Kredite aus Leasinggeschäften im Nominalwert von 108,1 Mio. Euro an dieselbe Zweckgesellschaft aufgestockt.

Die am 16. Dezember 2015 von der „SPV“ emittierten Wertpapiere (Senior Notes) wurden zunächst vollständig von der Gesellschaft gezeichnet, im September 2018 wurden die Senior Notes zur Gänze von institutionellen Investoren gekauft.

Der Geschäftsfall hat keine Ausbuchung der Forderungen zur Folge (no derecognition).

Die mit der Steuerung und der Überwachung des Verbriefungsgeschäfts verbundenen Aspekte fallen in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltung, welche in diesem Zusammenhang auf eine eigens eingerichtete Stelle zurückgreift.

Hinsichtlich der Verwaltung und der Überwachung der Entwicklung des verbrieften Bestandes prüft das Risk Management unter Befolgung der Überwachungsanweisungen mindestens einmal halbjährlich die Entwicklung der Inkasso- und Zahlungsflüsse und erstellt diesbezüglich einen eigenen Bericht für den Verwaltungsrat. Diese Tätigkeit zielt darauf ab, bedeutende Abweichungen vom Rückführungsplan sowie eine etwaige Annäherung der im Informationsprospekt genannten Indikatoren an die ebendort festgelegten Grenzwerte rechtzeitig zu erkennen.

7.2 DIE ART DER VERBUNDENEN RISIKEN UND DIE FÜR DIE ÜBERWACHUNG DERSELBEN EINGESETZTEN VERFAHREN

Angesichts der Tatsache, dass sämtliche mit den abgetretenen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Rechte im Wesentlichen beibehalten werden, weist die Hypo Vorarlberg Leasing AG die besagten Forderungen in voller Höhe in ihrer Bilanz aus, während die von ihr gezeichneten, von der Zweckgesellschaft ausgestellten Schuldtitel nicht aufscheinen.

Die Hypo Vorarlberg Leasing AG wurde mit dem Servicing beauftragt, weshalb sie weiterhin die Verwaltung, die Bearbeitung, das Inkasso und die Betreuung der Forderungen des abgetretenen Portfolios wahrnimmt.

Wie bereits in Absatz 1.1.1 des vorliegenden Dokuments vorweggenommen, fallen die mit der Steuerung und der Überwachung des Verbriefungsgeschäfts verbundenen Aspekte in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltung, welche in diesem Zusammenhang auf eine eigens eingerichtete Stelle zurückgreift. Dazu sehen die Vertragsunterlagen zum Verbriefungsgeschäft eine quartalsmäßige Berichterstattung vor, mit welcher der Status der Forderungen und die Entwicklung der Zahlungseingänge aufgezeigt werden.

Zudem prüft das Risk Management unter Befolgung der Überwachungsanweisungen mindestens halbjährlich die Entwicklung der Inkasso- und Zahlungsflüsse sowie die im Informationsprospekt zur Verbriefung angeführten Kennzahlen und erstellt diesbezüglich einen eigenen Bericht für den Verwaltungsrat.

7.3 DIE ROLLEN DES INSTITUTS IM RAHMEN DER VERBRIEFUNG

Für das Verbriefungsgeschäft hat das Unternehmen gemäß Gesetz 130/99 die Rolle des „Servicers“ des abgetretenen Portfolios übernommen, weshalb es gegen eine nach der Höhe der im Bezugszeitraum eingenommenen Beträge prozentmäßig festgelegte Vergütung weiterhin die Forderungen verwaltet und die Tilgungszahlungen kassiert.

Als Servicer wurde dem Unternehmen zudem auch die Rolle des Cash Managers übertragen. Hierbei hat es die im Zusammenhang mit den verbrieften aktiven Vermögenswerten eingenommenen und noch nicht für die Zahlungen im Zusammenhang mit der Verbriefung verwendeten Beträge gemäß den festgelegten „Eligibility criteria“ einzusetzen.

7.4 VERBRIEFUNG

Mit Bezug auf die beschriebene Verbriefung werden die verbrieften Finanzinstrumente, welche nicht ausgebucht wurden, wie im Bilanzanhang gemäß IAS 39 nach Laufzeitbändern dargestellt.

Laufzeit Verbrieft Forderungen	LEISTUNGS- GESTÖRTE FORDERUNGEN	Mindestzahlungen			Bruttoinvestition
		Kapitalanteil		Zinsanteil	
			davon: garantierter Restwert		
- bei Sicht					
- bis zu 3 Monaten	127	12.346	0	3.939	16.285
- von mehr als 3 Monaten bis zu 1 Jahr	279	36.761	0	11.160	47.921
- von mehr als 1 Jahr bis zu 5 Jahren	1.529	157.777	0	41.039	198.816
- mehr als 5 Jahre	1.384	155.600	0	17.012	172.612
- unbestimmte Zeit					
Summe	3.319	362.484	0	73.150	435.634

8 „VERGÜTUNGS- UND ANREIZSYSTEME UND ENTSPRECHENDE HANDHABUNG“ (ARTIKEL 450 CRR)

8.1 GESTALTUNG UND STEUERUNG DER VERGÜTUNGSPOLITIK

Nachfolgend werden die Informationen zur Festlegung der Vergütungspolitik mit Bezug auf die verschiedenen Mitarbeiterkategorien aufgezeigt.

Mitarbeiter mit oder ohne Prämienvereinbarung laut Vertrag, für welche das 4-Augen-Prinzip gilt:

- Der Abteilungsleiter schlägt auf der Grundlage der im Dokument „Grundsätze der Vergütungspolitik“ der Hypo Vorarlberg Leasing erwähnten Kriterien die Höhe der Prämie vor.
- Der Prämienvorschlag wird vom Abteilungsleiter dem Delegierten des Verwaltungsrates unterbreitet, welcher überprüft, ob die Kriterien tatsächlich alle eingehalten wurden.
- Einigen sich der Delegierte des Verwaltungsrates und der Abteilungsleiter hinsichtlich der Höhe der Prämie, so unterschreiben beide die schriftliche Bewertung und übergeben diese dem Personalleiter.
- Falls der Delegierte des Verwaltungsrates mit der Höhe der Prämie nicht einverstanden ist, so kann er diese herabsetzen.
- Auch diese Entscheidung wird von beiden unterschrieben und an den Personalleiter weitergegeben.

Abteilungsleiter

Über die Höhe der den Abteilungsleitern zustehenden Prämien entscheidet der Delegierte des Verwaltungsrates gemeinsam mit dem Verwaltungsratsvorsitzenden.

Delegierter des Verwaltungsrates und Geschäftsführer Vertrieb der Hypo Vorarlberg Leasing

Die Höhe der dem Delegierten des Verwaltungsrates bzw. dem Geschäftsführer Vertrieb zustehenden Prämien wird vom Verwaltungsrat beschlossen.

8.2 DIE VERGÜTUNGS- UND ANREIZPOLITIK

Mit Bezug auf die Vergütungs- und Anreizpolitik legt die Hypo Vorarlberg Leasing anhand des internen Regelwerks „Grundsätze der Vergütungspolitik“ die für sie geltenden Leitlinien fest.

Die den Mitarbeitern zustehenden Prämien werden durch klare Vorgaben definiert. Je nach Grad des Konzernenerfolgs beziehungsweise je nach Grad der Erreichung der vorher individuell vereinbarten Jahresziele bekommt der Mitarbeiter entweder 100 % der Prämie oder auch nur einen Teil derselben.

Die Kriterien für die Gewährung der Prämien umfassen:

1. den Unternehmenserfolg (EGT), Konzernenerfolg;
2. klar definierte individuelle Ziele (z. B. Volumen, Projekte, Risikominderungsziele usw.);
3. die Mitarbeit;
4. allgemeine Aspekte (z. B. die Wahrnehmung von leitenden Aufgaben, Pünktlichkeit usw.);
5. die subjektive persönliche Bewertung des Mitarbeiters seitens des Vorgesetzten.

Die „Grundsätze der Vergütungspolitik“ des Unternehmens besagen, dass die Prämien nicht ausschließlich an die Erreichung von Volumenzielen zu knüpfen sind und, dass die Höhe der Prämien nicht zu einer Zunahme des Risikos führen darf. Bei der Entscheidung über die Vergabe der Prämien gilt stets das 4-Augen-Prinzip. Prämien werden nicht nach dem ‚Gießkannenprinzip‘, sondern nach der Zusatzleistung der jeweiligen Mitarbeiter ausgeschüttet.

Die hier beschriebene Politik gilt für die Mitarbeiter der Hypo Vorarlberg Leasing, welche bei ihrer Einstellung eine vertraglich festgelegte Prämienregelung unterzeichnet haben.

Nachstehend ein Berechnungsbeispiel für die vertragliche Prämie:

Geschäftsergebnis: *50 – 60 Millionen Euro.*

Höchstausmaß der vertraglichen Prämie: *2 Bruttomonatsgehälter*

Die Prämie setzt sich wie folgt zusammen:

- fixe Zuteilung gemäß Geschäftsergebnis: *30 %;*
- an die Erreichung der individuell festgelegten Ziele gekoppelter Anteil: *70 %.*

8.3 QUANTITATIVE OFFENLEGUNG BETREFFEND DIE VERGÜTUNGSPOLITIK FÜR DAS JAHR 2019

Nachstehend werden Detailinformationen über die Höhe in Euro der im Jahr 2019 an die Mitglieder der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrates sowie an die Verantwortlichen der Kontrollfunktionen und der anderen Organisationseinheiten von maßgebender Bedeutung ausgezahlten Vergütung geliefert.

Erhebungseinheiten	Anzahl	Feste Vergütung	Variable Vergütung
Verwaltungsratsmitglieder	7	80.656	-
Aufsichtsrat	3	99.840	-
Geschäftsführung	2	314.823	20.000
Verantwortliche der Kontrollfunktionen	3	184.149	2.800
Verantwortliche sonstiger Organisationseinheiten	2	185.005	2.000

9 „VERWENDUNG VON KREDITRISIKOMINDERUNGSTECHNIKEN“ (ARTIKEL 453 CRR)

9.1 VORSCHRIFTEN UND VERFAHREN FÜR DAS BILANZIELLE UND AUSSERBILANZIELLE NETTING

Hinsichtlich der dem Kreditrisiko ausgesetzten Positionen seines Portfolios nimmt das Unternehmen weder bilanziell noch außerbilanziell Gegenbuchungen vor.

9.2 VERWALTUNG DER DINGLICHEN SICHERHEITEN

Die Begrenzung des Kreditrisikos wird vom Unternehmen sowohl über eine angemessene Beurteilung der Kreditwürdigkeit als auch durch die Einholung von Sicherheiten angestrebt.

Angesichts der in Zukunft möglichen Änderungen des Szenarios und/oder der Markt- und Unternehmensstrategien kann das Unternehmen auch auf Verbriefungen oder auf die Abtretung bestimmter Teile des Kreditportfolios zurückgreifen, während der Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten zur Absicherung gegen das Kreditrisiko ausgeschlossen ist.

Die etwaige Nutzung der genannten Techniken erfordert einen eigenen Beschluss des Verwaltungsrates.

Das Unternehmen muss die in Frage kommenden Sicherheiten, die Bedingungen für die Notwendigkeit ihrer Einholung sowie die zu berücksichtigenden Sicherheitsabschläge festlegen und kontinuierlich anpassen.

In jedem Fall sind die vom Unternehmen eingeholten Sicherheiten jedweder Art als rein akzessorische Elemente der besicherten Forderung anzusehen. Die Beurteilung des Kredites hat sich daher nur ergänzend auf die Sicherheit zu stützen. Vielmehr muss die Beurteilung in erster Linie – unabhängig von den gegebenenfalls gebotenen Sicherheiten – die Fähigkeit des Hauptschuldners berücksichtigen, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Wenn es besondere geschäftliche Chancen rechtfertigen, kann nach entsprechender Begründung sowie nach entsprechender Beurteilung des den Geschäftsfall kennzeichnenden Risiko-Ertrags-Verhältnisses von den in der Unternehmensstrategie festgelegten Grenzen

abgewichen werden, wobei die Ausnahme durch die Gesellschaftsorgane im Rahmen eines geeigneten Genehmigungsverfahrens und unter Einhaltung der für die Kreditvergabe festgelegten Befugnisse zu beschließen ist.

Besagte Sicherheiten dienen nicht dazu, das wirtschaftlich-finanzielle Risikoprofil des finanzierten Vorhabens zu ändern; sie gestatten es lediglich, das Risiko mit bestimmten Anteilen des Vermögens des Unternehmens oder allgemein mit dem Vermögen von interessierten Dritten teilweise aufzufangen.

Folgende Arten von Sicherheiten können vorgesehen sein:

- Realsicherheiten:
 - Pfand;
 - Hypothek;
 - Bankbürgschaft auf erste Anforderung;
- Persönliche Sicherheiten:
 - Bürgschaft;
 - Harte Patronatserklärung;
- Bürgschaften von Garantiegenossenschaften;
- Öffentliche Sicherheiten:
 - MCC Medio Credito Centrale;
- Uneigentliche Sicherheiten:
 - Forderungsabtretung (Weitervermietung und Forderungen gegenüber der Fördergesellschaft für erneuerbare Energien - GSE).

9.3 VERTEILUNG DER BESICHERTEN FORDERUNGEN NACH DER ART DER SICHERHEIT

Nachstehend wird für jede Forderungsklasse der durch persönliche Sicherheiten gedeckten Gesamtforderungsbetrag nach entsprechender Volatilitätsanpassung aufgezeigt.

Portfolio (Forderungsklasse)	Persönliche Sicherheiten
Zentralstaaten und Zentralbanken	
Öffentlichen Stellen	
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	
Multilaterale Entwicklungsbanken	
Internationale Organisationen	
Der Aufsicht unterliegende Intermediäre	
Unternehmen und sonstige Gegenparteien	29.491
Risikopositionen aus dem Mengengeschäft	4.334
Risikopositionen in Form von gedeckten Schuldverschreibungen von Banken	
Durch Immobilien besicherte Risikopositionen	8.041
Risikopositionen in Form von Anteilen an Organismen für Gemeinsame Anlagen (OGA)	
Ausgefallene Risikopositionen	
Mit hohen Risiken verbundene Risikopositionen	
Beteiligungspositionen	
Sonstige Posten	
Verbriefungen	
Summe 31.12.2019	41.866

Die Hypo Vorarlberg Leasing stellt keine Garantien gegenüber Dritten aus.